

antikap Nr. 15 | Herbst 2021 | 3.- CHF

antikap

Klassenkampf Feminismus Ökosozialismus



Kapitalistische «Umweltpolitik» vs. **Umweltschutz** der 99%!

Die desaströsen Folgen der kapitalistischen Umweltpolitik sowie linke Perspektiven dagegen beschäftigen uns auch in dieser 15. Ausgabe der Antikap. Seit Jahren verlieren Menschen im Globalen Süden durch die Folgen der ökologischen Krise ihre Lebensgrundlagen. Auch der Sommer 2021 war geprägt von Wetterextremen, die auch die Menschen des Globalen Nordens trafen: Rekordtemperaturen im Nordwesten Kanadas, sintflutartige Regenfälle und Überschwemmungen in Deutschland und Belgien, glühende Temperaturen und grosse Brände nicht nur in Griechenland und Sizilien, sondern auch in Kalifornien. Diese und viele weitere Ereignisse zeigen deutlich, dass wir geradezu auf die ökologische Katastrophe zurasen.

Anfang November fand zum 26. Mal eine UN-Klimakonferenz (COP) statt. Erneut wurde deutlich: Nach einem Vierteljahrhundert mit jährlichen Klimakonferenzen zeigen die Regierenden immer noch kein Interesse, ernsthafte Schritte im Kampf gegen den Klimawandel zu unter-



nehmen. Mehr noch: Die Regierungen stellen sich immer wieder klar hinter die Grosskonzerne und beschliessen Massnahmen, welche Wettbewerbsfähigkeit und Profite statt Umwelt und Klima schützen. Dieses Unvermögen der COP, eine klare Position betreffend Umweltschutz und Kampf gegen den Klimawandel einzunehmen, zeigt auf: Die Krise hat System. Weder grüner Kapitalismus noch Marktökologie werden uns vor der sich verschärfenden sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Krise retten. Der Kapitalismus beruht auf dem Privateigentum der Produktionsmittel und immerwährendem Wachstum und er hat ein einziges Ziel: eine unendliche Profitmaximierung. Davon profitieren nur die reichsten Menschen und die ökonomisch stärksten Länder.

Die kapitalistischen Unternehmen streben dabei nach unendlichem wirtschaftlichem und finanziellem Wachstum in einer Welt mit begrenzten menschlichen und ökologischen «Ressourcen». Ohne die Überwindung eines solchen zerstörerischen Systems wird eine Abwendung der ökologischen Katastrophe nicht möglich sein.

Ein Artikel unseres Dossiers handelt von den kapitalistischen Scheinlösungen: Die Bepreisung und Finanzialisierung der Natur. Darin beschreibt die Autorin, wie der Kapitalismus aus verschiedenen Bereichen der Natur Profit schlagen will. In einem weiteren Betrag wird gezeigt, wie die Forderung nach «Netto Null» von liberalen

Abonniere antikap!

antikap ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint vorerst zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite sozialismus.ch, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Ob wir den Erscheinungsrhythmus längerfristig erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab.

Für CHF 10.- kannst du die **antikap** ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Verwende dazu einen beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo». Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar.

Adresse: BFS Basel, Zeitschrift antikap, 4057 Basel.

Konto: 15-238267-2, Vermerk «Abo».





Parteien und Konzernen vereinnahmt wird, um so weiterzumachen wie bisher. Und in seinem Buch «Für einen Umweltschutz der 99%» zeigt Milo Probst auf, warum es so wichtig ist, soziale Kämpfe miteinander zu verbinden.

Im zweiten Teil dieser Antikap werden weitere Themen behandelt. Unter anderem in Form eines Reiseberichts über Nicaragua: Wie sieht es im Land aus 42 Jahre nach der sandinistischen Revolution und wie schätzen die Menschen dort die aktuelle Lage ein? Ein weiteres Interview behandelt die aktuelle Situation von NGOs in Afghanistan: wie hat sich ihre Arbeit nach der Machtübernahme durch die Taliban verändert? Im Artikel «das Vermögen der Unia» geht es um die Unia und deren riesigen bürokratischen Apparat. Und schliesslich befasst sich der Artikel «Modern Monetary Theory – die Repolitisierung des Geldes» mit den absurden Formen, wie das kapitalistische System Geld produziert, wertschöpft und vervielfacht.

Die ökologische Krise nimmt immer grössere Ausmasse an. Nur noch grundlegende Veränderungen können das Schlimmste verhindern. Das passiert aber nicht von selbst. Nur wenn wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und für eine soziale und nachhaltige Welt kämpfen, besteht Hoffnung.

Inhalt

4 Die Finanzialisierung der Natur im «grünen» Kapitalismus: Der «grüne» Umbau des Kapitalismus befördert die weitere Inwertsetzung der Natur.

10 Ökosozialistische Strategie: Die Arbeit muss ins Zentrum der Debatte gerückt werden.

13 Für einen Umweltschutz der 99%: Interview mit dem Aktivistin und Historiker Milo Probst zu seinem neu erschienen Buch.

16 Forderung «netto null»: Die radikal anmutende Forderung wird ineffektive bis imperiale Massnahmen zur Folge haben, wenn wir nicht weiter für Klimagerechtigkeit kämpfen.

20 Das Vermögen der Unia: Eine Analyse über das Funktionieren von Bürokratien in Schweizer Gewerkschaften.

24 Selbstorganisierte Direkthilfe für die Bevölkerung Afghanistans: Interview mit dem afghanischen Aktivistin Sohail Khan über seine humanitäre Arbeit.

26 Nicaragua - Der tiefe Fall einer Revolution: Ein Reisebericht über zerstörte Hoffnungen, politische Illusionen und ein brutales Regime.

32 Die Modern Monetary Theory und die Repolitisierung des Geldes: Die MMT erklärt, wieso Staaten nie pleitegehen können, woher das Geld kommt und wie uns der Finanzmarkt am Umbau der Wirtschaft hindert.

UMWELTPOLITIK IM KAPITALISMUS

Der grosse Ausverkauf

Die Finanzialisierung¹ der Natur im «grünen» Kapitalismus

Der «grüne» Umbau des Kapitalismus befördert die weitere Inwertsetzung der Natur. An der Börse wird die Natur zum Spekulationsobjekt, damit sich auch mit der Klima- und Biodiversitätskrise gute Geschäfte machen lassen.

von **Eva L. Blum (BFS Zürich)**

¹ Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffs Finanzialisierung. Allgemein ist damit die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals und der Finanzmärkte in allen Wirtschaftsbereichen gemeint. In diesem Beitrag zielt der Begriff v. a. auf den Umstand, dass das Finanzkapital seit einiger Zeit in neue Felder, darunter auch «die Natur» expandiert und diese in Wert setzt.

«In jedem kapitalistischen Produktionsprozess werden für die Inwertsetzung Naturstoffe extrahiert, bearbeitet, umgewandelt und als Müll, Giftstoffe und Emissionen ausgeschieden.»

Die Erschliessung der Natur und natürlicher Ressourcen durch das Kapital war nicht nur ein zentrales Element der Entstehung des Kapitalismus («Ursprüngliche Akkumulation»); Prozesse dieser Art dauern an, wobei sie immer wieder neue Formen annehmen. Seit den 1980er Jahren wird die Inwertsetzung – das zur Ware-machen – der «Natur» weiter forciert, wobei vor allem drei Entwicklungen eine wichtige treibende Rolle spielen: In Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre wird ab den 1980er Jahren weltweit in grossem Umfang dereguliert, flexibilisiert und privatisiert. Damit werden auch die institutionellen Grundlagen für eine verstärkte Konzentration des Finanzkapitals geschaffen. Als Folge dieser Entwicklungen ist der Umfang des Finanzvermögens in den letzten Jahrzehnten weit stärker gewachsen als das Sozialprodukt. Und für dieses enorm gewachsene Finanzvermögen wird nun permanent nach möglichst profitablen Anlagemöglichkeiten gesucht: Güter, Ressourcen, Technologien, Dienstleistungen, Wissen und «Natur»; alles, was profitabel erscheint, wird zur Ware gemacht und in Wert gesetzt. Seit der Finanzkrise 2007 – 2008 expandiert das Kapital auch aufgrund von Verwertungsschwierigkeiten («Überakkumulation») in neue Felder. Diese Expansion drückt sich unter anderem in der verschärften finanzdominierten Erschliessung natürlicher Ressourcen und der Schaffung neuer Felder der Kapitalverwertung aus. Schliesslich wird auch im Rahmen des «grünen» Umbaus des Kapitalismus die Inwertsetzung der Natur vorangetrieben.

Früher gingen Vertreter:innen des Umweltschutzes meist davon aus, dass die Grundlage für eine «Gesundung» der Natur ein Verzicht auf, oder zumindest eine Reduzierung des Wachstums sei. Die Gegenseite konterte die Forderung nach Umweltschutz daher auch stets mit dem Verweis auf untragbare Kosten für die Unternehmen und auf Wachstumsverluste. Umweltschutz sei daher nur zu betreiben, wenn er unbedingt notwendig ist. Umso erstaunlicher ist es daher, dass seit einiger Zeit überall behauptet wird, dass sich eine Harmonie zwischen Umwelt- bzw. Klimaschutz und kapitalistischem Wachstum herstellen lasse. Egal ob die Partei sozial-, wirtschafts- oder grünliberal ist; bei allen finden sich Aussagen wie z.B. diese: «Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch» (SPD).

Um die «Harmonie» zwischen Ökologie und Ökonomie herzustellen, wenden die Staaten, die es sich leisten können, also vor allem die Wirtschaftsmächte im Globalen Norden, enorme finanzielle Mittel auf. Dabei sind Klima- oder Umweltschutz kein unbedingtes Ziel. Vielmehr sollen diese Mittel sein, um weiteres Wachstum zu sichern und zu fördern. Um die Klima- und Umweltkrise als Wachstumsquelle zu erschliessen, wird die Natur unter ökonomische Kategorien subsumiert und der Klima- und Umweltschutz ökonomisiert.

Wie die Natur «monetarisiert» und in die herrschenden ökonomischen Modelle integriert wird, soll im Folgenden erläutert werden. In diesem Zusammenhang spielt der «Ökosystemdienstleistungsansatz» eine zentrale ideologische Rolle. Dieser Ansatz, in dem Natur ausschliesslich unter utilitaristischen und anthropozentrischen Gesichtspunkten betrachtet wird – die Natur ist «Dienstleisterin», der Mensch ihr Besitzer und Manager – hat sich innerhalb weniger Jahre global durchgesetzt. Inzwischen werden weltweit grosse Teile der Forschungsförderung im Bereich des Natur- und Umweltschutzes auf die Analyse, Bewertung und Erhaltung bzw. Schaffung von «Ökosystemdienstleistungen» ausgerichtet; neben Politiker:innen, Ökonom:innen und Landschaftsplaner:innen haben auch Umweltaktive und Naturschützer:innen die entsprechenden Begrifflichkeiten und Konzepte übernommen. Welche Folgen diese verschärfte ökonomische Zurichtung der Natur hat und warum vor allem Menschen und Natur im Globalen Süden davon betroffen sind, wird anschliessend gezeigt.

«Naturkapital»

In jedem kapitalistischen Produktionsprozess – egal ob es um die Produktion von Maschinen oder die Bereitstellung von Dienstleistungen geht – werden für die Inwertsetzung Naturstoffe extrahiert, bearbeitet, umgewandelt und als Müll, Giftstoffe und Emissionen ausgeschieden. Jeder Produktions- und Wertschöpfungsprozess des Menschen ist also, so formuliert es Marx, immer auch ein Stoffwechselprozess mit der Natur. Dies scheint auf den ersten Blick eine triviale Feststellung zu sein, vor allem wenn man an Produktionsformen wie die Landwirtschaft denkt, in der Natur sehr offensichtlich bearbeitet, verändert und in Wert gesetzt, aber auch verschmutzt und zerstört wird. Diese Perspektive ist im

« Ökosysteme werden wie technische Systeme bewertet: nach ihren Leistungen, die sie erbringen.»

herrschenden System jedoch alles andere als selbstverständlich. In der neoklassischen Theorie, die nach wie vor den wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream dominiert, konzentriert man sich auf die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit. Die Natur kommt, wenn überhaupt nur als theoretischer Platzhalter in Form externer Effekte vor. Zwar wird durchaus anerkannt, dass die kapitalistische («marktwirtschaftliche») Produktion negative Wirkungen auf die Natur haben kann; doch wird daraus nicht abgeleitet, dass die Produktion deshalb grundlegend anders organisiert werden sollte. Die Über- und Vernutzung von Natur wird vielmehr in ein Kostenproblem verwandelt und damit in die «Kapitallogik» integriert: die herrschende Wirtschaftslehre geht folglich davon aus, dass die Ausbeutung der Natur deshalb stattfindet, weil sie keinen bzw. keinen korrekten Preis hat.

Über eine Internalisierung externer Effekte¹ wird in der Umweltökonomie schon seit den 1970er Jahren diskutiert. Seit Ende der 1980er Jahre arbeiten umweltökonomische Ansätze zunehmend mit dem Begriff «Naturkapital». Natürliche Ressourcen, so heisst es nun, seien der wichtigste Inputfaktor für die Weltwirtschaft. Ob Rohstoffe, Wasser, Hochwasserschutz, Biodiversität oder Bestäubung – um diese «Vermögenswerte» der Natur zu erhalten, müssten sie endlich als «Naturkapital» berücksichtigt, also «eingepreist» werden. Seit der UNO-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 in Rio de Janeiro (Rio+20-Konferenz) wird auch auf internationaler Ebene über Natural Capital und Green Economy diskutiert.²

Der Ökosystemdienstleistungsansatz

Seit dem Millennium Ecosystem Assessment³ der Ver-

1 Externe Effekte bzw. externe Kosten entstehen z. B., wenn von Unternehmen nur die betriebswirtschaftlichen Kosten ihrer Produktion kalkuliert, die sozialen und ökologischen Folgekosten der Produktion aber auf die Gesellschaft abgewälzt (externalisiert) werden.

2 Vgl. Kill 2015. Siehe hierzu auch die Arte-Dokumentation: «Natur - Spekulationsobjekt mit Zukunft», <https://www.youtube.com/watch?v=bFXv4EdCfXI>

3 Das 2001 von den Vereinten Nationen initiierte Millennium Ecosystem Assessment (MA) hatte das Ziel, einen systematischen Überblick über den globalen Zustand von 24 «Schlüssel-Ökosystemdienstleistungen» zu erstellen.

einten Nationen werden Ökosystemdienstleistungen wie folgt definiert: «Das Wohlergehen der Menschen hängt von gut funktionierenden Ökosystemen ab. Sie liefern Sauerstoff zum Atmen, sauberes Wasser, Nahrungsmittel, Grundstoffe für Medikamente, Industrierohstoffe und sind Speicher für Klimagase, Vorbilder für technische Lösungen und vieles mehr.» Welche Grundannahmen über die Natur prägen das Konzept?

Natur als Ökosystem

Die Natur setzt sich in diesem Konzept aus Systemen zusammen, die sich selbst organisieren und regulieren können. Es besteht der Anspruch, diese Systeme nicht nur in ihrer Funktionsweise zu verstehen, sondern technisch über sie verfügen zu können. Ökosysteme können demnach also auch praktisch-materiell hergestellt werden, sie können auf eine oder mehrere bestimmte Funktionen hin konstruiert, optimiert und reguliert werden. Das Interesse bei der theoretischen und «materiellen Konstruktion» eines Ökosystems ist meist auf einen Nutzen bezogen: Die Funktion der Ökosysteme besteht darin, dass sie z. B. Kohlenstoff binden, Abwasser reinigen oder seltenen Arten einen Lebensraum bieten. Diese Funktionen gilt es zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Das Leistungsprinzip

Ökosysteme werden wie technische Systeme bewertet: nach ihren Leistungen, die sie erbringen. Die Systeme erfüllen einen äusseren – vom Menschen, nicht von der Natur definierten – Zweck. In dieser Perspektive liefert die Natur bestimmte Serviceleistungen, der Mensch ist ihr Besitzer und Manager, sein Ziel ist die Nutzung und Optimierung der Leistungen der Natur.

Die monetäre Bewertung der Leistungen

Damit die Leistungen der Natur für den Menschen dauerhaft erhalten bleiben, müssen sie – gemäss der herrschenden Ökonomietheorie – monetär bewertet werden. «Ökosystemdienstleistungen» sollen also einen Marktpreis erhalten, damit sie als Waren gehandelt wer-



« Mit der Privatisierung von natürlichen Ressourcen setzt das Kapital eine Enteignung und Inwertsetzung der Gemeinsphäre durch.»

den können. Damit dies möglich ist, müssen vier Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Die Leistungen müssen erfasst und gemessen werden können, d. h. man braucht «Einheiten», die es ermöglichen, die Leistungen zu quantifizieren (z. B. x Tonnen CO₂, die durch einen Wald pro Jahr gebunden werden).
2. Diese Quantifizierung ist eine Voraussetzung ihrer Bewertung und bereits auf ihre Monetarisierung ausgerichtet (z. B. der Verbrauch einer Tonne CO₂ verursacht 70 CHF Schäden, die «eingepreist» werden müssen).
3. Den Leistungen müssen Eigentums- und Nutzungsrechte zugewiesen werden (Privatisierung).
4. Es muss ein Markt geschaffen werden, auf dem die Eigentümer:innen die «Ökosystemdienstleistungen» anbieten und handeln können.

Schutz nur für «Leistungsträger»

In der Perspektive der Ökosystemdienstleistungen werden die Systeme nach dem (ökonomischen) Nutzen bewertet, den sie für Menschen erbringen (sollen). Der Schutz eines Systems kann in diesem Ansatz nur aufgrund seiner Leistungen begründet werden und der Schutz einer oder mehrerer Arten, der Vielfalt an Arten oder auch bestimmter Individuen nur durch ihren jeweiligen Beitrag zu diesen Leistungen. Das aber heisst, dass nur das an der Natur geschützt werden sollte, von dem wir wissen, dass es einen messbaren und damit monetarisierbaren Nutzen für uns hat. Zum Beispiel eine Grünfläche in der Stadt, wegen ihrer nachweisbar positiven Wirkungen auf das Mikroklima oder eine Insektenart, weil sie Schädlinge kontrolliert. Was keine Funktion hat bzw. nicht zu einer erwünschten Leistung beiträgt, muss demnach nicht geschützt werden. Da viele Leistungen mit einem Minimum an Artenvielfalt erbracht werden können, wäre es ökonomisch vernünftig, die Artenvielfalt eines Systems auf die notwendige Vielfalt zu reduzieren oder zumindest nicht in die «überflüssigen», irrelevanten oder für die Leistungserbringung schädlichen Arten zu investieren.

Welche Folgen hat die Bepreisung der «Naturdienstleistungen»?

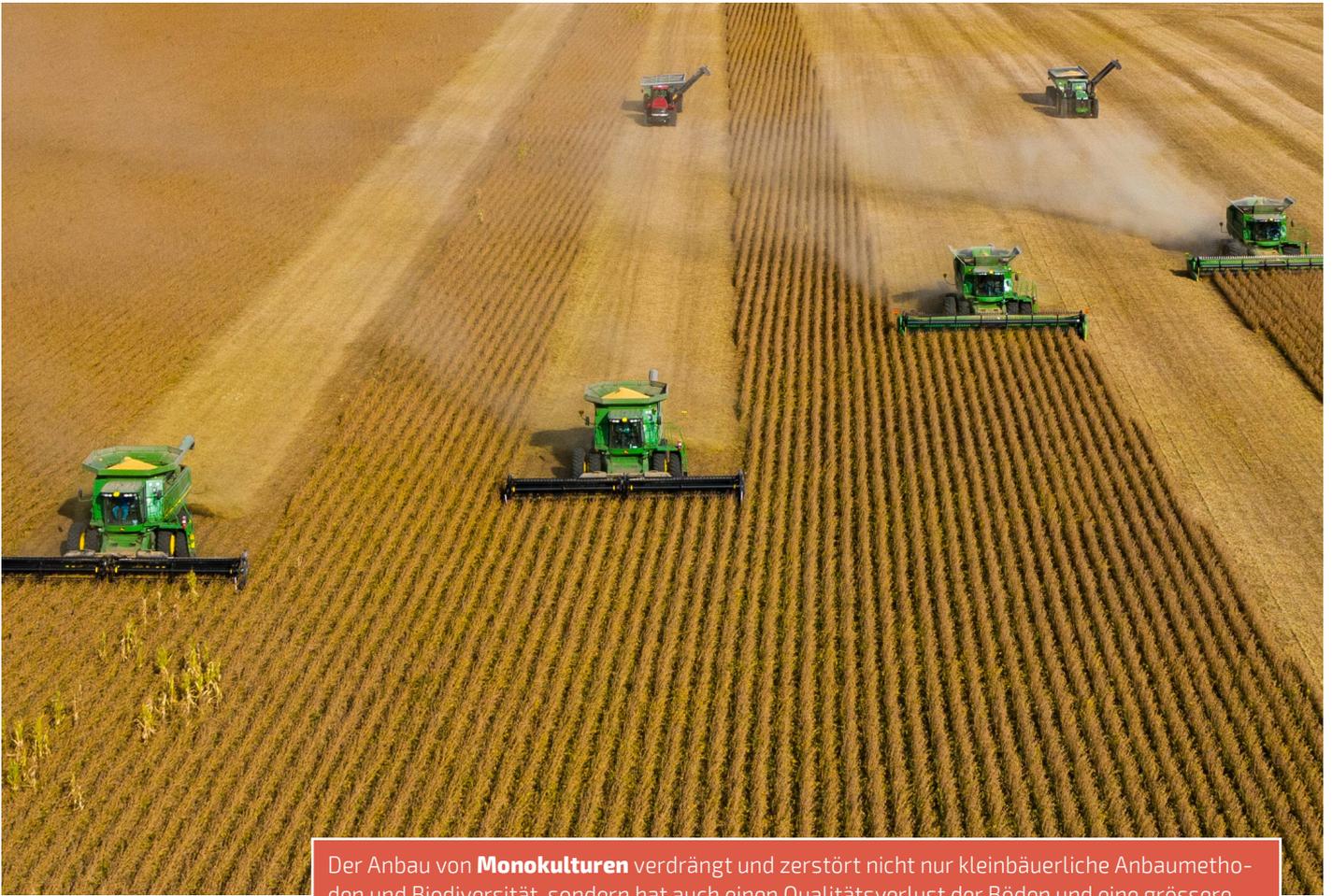
Privatisierung der Natur

Mit der Privatisierung von Wasserquellen, Agrarland, Wäldern und anderen natürlichen Ressourcen (inkl. deren «Leistungen») setzt das Kapital eine Enteignung und Inwertsetzung der Gemeinsphäre durch. Auf diese Enteignungsvorgänge folgt anschliessend ein Aneignungsvorgang: die Erzielung von Rentenerträgen durch die Eigentümer:innen der Eigentumstitel (Grund Eigentumstitel, Emissionsrechte, Patente etc.). Diese Erträge sind durch nichts anderes als die Eigentumsrechte/-monopole legitimiert.⁴ Die Finanzindustrie wandelt diese Eigentumsrechte anschliessend in handelbare Eigentumstitel um. Die Schaffung von Anlagefonds und derivaten Anlageprodukten sowie die Entstehung von Sekundärmärkten, auf denen diese Titel gehandelt werden können, steigert den mit diesen Geschäften verbundenen Druck zusätzlich.

Abstraktion von Naturqualitäten zugunsten der Quantifizier- und Messbarkeit

Welchen monetären Wert hat saubere Luft, ein Laubfrosch oder die Leistung eines Mischwalds als Kohlenstoffsenke? Die ökonomische Bewertung der Natur setzt ihre Quantifizier- und Messbarkeit voraus. Nur die Abstraktion von den spezifischen Naturqualitäten und der Einzigartigkeit bestimmter Lebensräume macht z.B. den Handel mit Kompensationsgutschriften möglich. Beim Handel mit Emissionsgutschriften ist die zentrale Masseinheit eine Tonne Kohlendioxid (CO₂). Umrechnungsfaktoren gibt es auch für die Kompensation durch Biodiversitätsgutschriften: Äquivalenzen werden hier zum Beispiel zwischen einem Hektar Land mit hoher Eignung als Lebensraum für Elefanten und einer grösseren Fläche von Land mit mittlerer oder niedriger Lebensraumqualität für Elefanten hergestellt. Oder es wird festgelegt, welche Pflanzen- oder Tierarten ein «intaktes» Feuchtgebiet signalisieren, wodurch ein Gebiet als Kompensation für das Trockenlegen eines anderen Feuchtgebiets qualifiziert wird. Wird der Umrechnungsfaktor von den verantwortlichen Behörden anerkannt, können Lebensräume seltener Arten oder Feuchtgebiete zerstört werden, solange ein entsprechend grösseres Ge-

⁴ Vgl. Zeller 2010.



Der Anbau von **Monokulturen** verdrängt und zerstört nicht nur kleinbäuerliche Anbaumethoden und Biodiversität, sondern hat auch einen Qualitätsverlust der Böden und eine grössere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zur Folge.

biet mittlerer oder niedriger Lebensraumqualität anderswo geschützt wird. Verglichen werden bei solchen Äquivalenzrechnungen immer nur einige wenige ökologische Kenndaten von Lebensräumen, meist Artenlisten. Viele ökologische Funktionen sowie lokale ökonomische, soziale, kulturelle oder spirituelle Bindungen an den Lebensraum bleiben beim Prinzip der Kompensationsgutschriften immer unberücksichtigt – und gehen bei der Zerstörung eines Lebensraums möglicherweise unwiederbringlich verloren. Zusammengefasst: Geschätzt und geschützt werden nur jene Teile der Natur, die als verwertbar betrachtet und in die «Messungen» einbezogen werden (können). Das Ziel des Umwelt- und Klimaschutzes unter Kostengesichtspunkten ist also lediglich, die Existenz von Mensch und Umwelt als Ressource des Wachstums zu sichern. Mehr liegt nicht drin.

Naturzerstörung wird nicht verhindert, sondern gesteuert

Weder «marktradikale» Instrumente, noch Öko-Steuern oder andere staatliche Eingriffe lösen das Problem, dass mit dem Preis die Unbrauchbarmachung der Natur und die Produktion von Dreck nicht verhindert, sondern nur gesteuert wird. Wer über ausreichende Geldmittel verfügt, kann und darf – ökonomisch gesehen – weiterhin Schadstoffe emittieren (lassen), Ressourcen verbrauchen und Lebensraum zerstören. Aus Sicht der Kapitalist:innen ist der Schutz der Umwelt ohnehin nur dann rational, wenn seine

Kosten unter denen der Umweltzerstörung liegen. Wo Klima- und Artenschutz zu teuer sind, unterbleiben sie. Seit einigen Jahren ist es vor allem der Handel mit Kompensationsgutschriften, der die Zerstörung der Natur weiter vorantreibt. Aufgrund von Kompensationsgutschriften für Biodiversität können Käufer:innen behaupten, dass ein von ihnen verursachter Schaden ausgeglichen wurde. Kompensationsgutschriften für Biodiversitätsverlust erleichtern z.B. die Expansion von Bergbau in Schutzgebieten, die Rodung von artenreichen Wäldern für Ölpalmen- und Soja-plantagen oder für die industrielle Rinderzucht; es reicht, wenn irgendwo «Ausgleichsflächen» als Kompensation ausgewiesen werden. Die Produkte aus diesem Raubbau vermarkten Konzerne dann als «urwaldfrei», «kohlenstoffneutral» oder als «Bergbau mit netto-positiver Auswirkung für Biodiversität». Für die Unternehmen bietet diese Art von Handel also auch vielfältige Möglichkeiten für ein Greenwashing ihrer schmutzigen Geschäfte.⁵

Die wachsende Konkurrenz um Land befördert Hunger und Vertreibung

Die Versorgung etwa eines Drittels der Weltbevölkerung hängt vom direkten Zugang zu Land ab. Sie leben von der Bewirtschaftung von Savannen, Wäldern, Flüssen, Seen, Feldern oder Küstenzonen. Gebiete, auf die staatliche Stellen und private Unternehmen in einem wachsen-

5 Vgl. GRAIN 2021a.

« Das Konzept der Ökosystemdienstleistungen suggeriert, dass sich die «Leistungen» der Natur kontrollieren und bei Bedarf auch (technisch) wiederherstellen lassen.»

den Masse zugreifen. Der Privatisierungsdruck auf den Boden nimmt aus verschiedenen Richtungen zu: durch Kompensationsgeschäfte (z.B. das Anpflanzen schnell wachsender Eukalyptus-Bäume in Afrika zur CO₂-Kompensation von Flugreisen in Europa), aber auch durch Projekte des Geo-Engineering, die Ausweisung grossflächiger Naturschutzgebiete, die Produktion «grüner» Energie (z. B. Wasserstoff), die steigende Nachfrage nach Wasser, seltenen Erden und anderen Rohstoffen für den «Energieumbau» sowie durch neue Möglichkeiten des Green Investment ins Agrobusiness.⁶ All diese Prozesse erfordern Land, viel Land. Inzwischen gibt es unzählige Beispiele, die zeigen, dass für die lokale Bevölkerung (auch) das Landgrabbing unter «grünen» Vorzeichen mit Enteignungen, Vertreibung und Hunger verbunden ist.⁷ Der «grüne» Umbau des Kapitalismus löst die ökologischen Krisen also in keinster Weise, stattdessen wird in neokolonialer und imperialistischer Manier versucht, die Natur im Globalen Süden als «natürliche» Ausgleichs-, Puffer- und Entwicklungszone in den Dienst zu nehmen, damit das ökonomische Wachstum im Globalen Norden (zumindest noch eine Weile) weiter gehen kann.

Fazit: Der grosse Ausverkauf – Natur als Spekulationsobjekt

Das im Rahmen der Green Economy populär gewordene Konzept der Ökosystemdienstleistungen suggeriert, dass sich die «Leistungen» der Natur kontrollieren und bei Bedarf auch (technisch) wiederherstellen lassen. Die gegenwärtige Entwicklung der Klimakrise zeigt aber vermutlich nur eines sehr klar: dass wir weit davon entfernt sind, im Detail zu verstehen, wie «die Natur» funktioniert. Von einer Beherrschbarkeit oder gar Steuer- und Konstruierbarkeit ganz zu schweigen. Doch ist der Anspruch, in der Welt genau dies zu tun und das Übermass vorhandene Finanzkapital in entsprechende Projekte fliessen zu lassen. Der «grüne» Kapitalismus, so ist zu befürchten, wird die natürlichen Grundlagen also noch gründlicher und bis in die letzten «unberührten» Ecken hinein vernichten, als es seiner «alten», fossilen Variante gelungen ist.

Denn es kommt noch ein Sachverhalt hinzu: die weitere ökonomische Steuerung, Nutzung und Zuteilung der Ökosystemdienstleistungsnatur wird in der Green Economy den Spekulant:innen an den Finanzmärkten überantwortet. Einer Sphäre also, die nicht erst seit den letzten Finanzkrisen für

ihre Volatilität und «Irrationalität»⁸ bekannt ist.

Die Folgen der ökologischen Krisen sind schon jetzt Not und Knappheiten und diese werden in Zukunft noch zunehmen. Mit der Green Economy sind die Weichen gestellt, damit sich im «grünen» Kapitalismus auch mit globalen Umweltkrisen, Vertreibung und Hunger profitabel spekulieren und wirtschaften lässt.

8 «Die Spekulation geht gut, solange sie gutgeht. Der Wert steigt, solange er steigt. Das ist keine Schwäche dieses Prinzips, sondern die Tautologie, auf der es beruht. Es gibt unter den Bedingungen einer entfesselten Finanzwirtschaft keine andere Sicherheit als diese.» (Steinfeld 2017, S. 100)

Literatur

GRAIN 2021a: Corporate greenwashing: «net zero» and «nature-based solutions» are a deadly fraud, Report March 2021, <https://grain.org/en/article/6634-corporate-greenwashing-net-zero-and-nature-based-solutions-are-a-deadly-fraud>

GRAIN 2021b: Agribusiness and big finance's dirty alliance is anything but «green», Report September 2021, <https://grain.org/system/articles/pdfs/000/006/720/original/Green%20Bonds%20EN.pdf?1631648412>

Kill, J. 2015: Ökonomische Bewertung von Natur. Der Preis für Naturschutz? Eine kritische Auseinandersetzung. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, No financialization of Nature Netzwerk.

Steinfeld, T. 2017: Herr der Gespenster. Die Gedanken des Karl Marx. München.

The Oakland Institute 2019: Evicted for Carbon Credits. Norway, Sweden, And Finland Displace Ugandan Farmers For Carbon Trading. Unter: https://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/evicted-carbon_0.pdf.

Zeller, C. 2010: Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals. In: Schmieder, F. (Hrsg.): Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie. Frankfurt a. Main, S. 103 – 136.

6 Vgl. GRAIN 2021b.

7 Das Oakland Institute beschreibt dies in verschiedenen Fallstudien (z. B. The Oakland Institute 2019).

Die Arbeit ins Zentrum rücken

Die COP26 (26. UN-Klimakonferenz) offenbarte einmal mehr, dass die Regierungen die fossile Wirtschaft stützen. Sie treiben zusammen mit den Konzernen die Erderhitzung weiter voran. Die Klimabewegung steht vor der Herausforderung zu überlegen, wie sie einen industriellen Um- und Rückbau durchsetzen kann. Christian Zeller argumentiert, dass sich die Klimabewegung auf die fossilen Industrien, die Automobil- und Luftfahrtkonzerne sowie den Finanzsektor konzentrieren soll. Dabei sind breite Bündnisse nötig.

von Christian Zeller

Der kürzlich publizierte Entwurf des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen oder einfach Weltklimarat der UN) zu den physischen Veränderungen des Erdsystems dokumentiert trocken und scharf die ablaufenden Brüche im Erdsystem.¹ Ungeachtet der wiederholten Warnungen aus der Wissenschaft und dem zunehmenden Druck durch die Klimabewegung wächst der fossile Sektor weiter. Unterstützt durch die meisten Regierungen und finanziert durch Banken, Versicherungen, Pensions- und Anlagefonds planen die Kohle-, Erdöl- und Gaskonzerne eine Expansion. Das dokumentieren die jüngsten Berichte des UN-Umweltprogramms, der OPEC und der Internationalen Energieagentur.² Die Re-

gierungen und Konzerne steuern die Welt auf einen Erhitzungspfad, der die globale Durchschnittstemperatur bereits gegen Ende dieses Jahrhunderts um mindestens 3°C gegenüber der vorindustriellen Zeit erhöhen wird. Bereits in wenigen Jahren werden Millionen von Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Die Klimabewegung steht in dieser schwierigen Situation vor wichtigen strategischen Debatten und Entscheidungen. Wie lässt sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis verändern? Wer sind die Ansprech- und Bündnispartner:innen?

Die Aktualität einer ökosozialistischen Umwälzung

Das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5° C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, erfordert einen historisch einmaligen Um- und Rückbau grosser Teile des gesamten produktiven Apparats unserer Gesellschaften. Das ist nur möglich, wenn wir mit dem kapitalistischen Zwang zur Akkumulation von immer mehr Kapital und der Maximierung des Profits brechen. Diesen Bruch müssen wir auch in den Alltagsforderungen ausdrücken, allerdings auf eine verständliche Weise. Bevor ich einige strategische Überlegungen zur Diskussion stelle, erkläre ich kurz, was ich unter ökosozialistischer Umwälzung der Gesellschaft verstehe. Wir brauchen eine Gesellschaft, die weniger und anders produziert, weniger transportiert, mehr Sorge für die Menschen und die Natur trägt, den gesamten Reichtum teilt und gemeinsam entscheidet.³

1 IPCC (2021): Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change: Cambridge University Press, 3948 S.

2 UNEP (2021): The Production Gap. Governments' planned fossil fuel production remains dangerously out of sync with Paris Agreement limits, October 2021, United Nations Environment Programme (UNEP), Stockholm Environment Institute: Nairobi, Stockholm, 94 S. <http://productiongap.org/2021report>.

OPEC (2021): 2021 World Oil Outlook 2045, September 28, 2021, Organization of the Petroleum Exporting Countries, OPEC Secretariat: Wien, 320 S.

IEA (2021): Net Zero by 2050 A Roadmap for the Global Energy Sector, May 2021, International Energy Agency: Paris, 222 S. <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050> Zugriff: August 15, 2021.

3 Tanuro, Daniel (2020): Trop tard pour être pessimistes! La



«Ein Wandel der Lebensformen bedingt eine radikale Umwandlung der Produktionsformen und der Arbeitsweisen. In diesem Sinne ist ein ökologischer Umbau der Produktion, des Transports, der technologischen Entwicklung und des gesamten Alltags einschliesslich der Reproduktion zu erkämpfen, um einen tragfähigen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur einzuleiten.»⁴ Das erfordert, dass sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten in einem Prozess der Selbstermächtigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der bürgerlichen Klasse erfolgreich entgegenstellen und diese beenden. Ökosozialist:innen wollen die kapitalistische Produktionsweise überwinden.

Ökosozialistisches Dringlichkeitsprogramm

Ein ökosozialistisches Dringlichkeitsprogramm nimmt die Gebrauchswerte und die Organisation des gesellschaftlichen Stoffwechsels gleichermassen zum Ausgangspunkt. Dabei ist es unerlässlich, den naturwissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen über die Erderwärmung konsequent zu folgen. Es wäre fahrlässig, diese Perspektive zu relativieren, weil sie gegenwärtig politisch als zu wenig praktikabel erscheint. Es ist unvernünftig, nur das zu ver-

langen, was im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Kontext der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Das würde die Realität verzerren und wäre somit gänzlich unrealistisch. Zugleich müssen wir das Kräfteverhältnis anerkennen, aber nicht um uns anzupassen, sondern um Angriffspunkte zu identifizieren, es substanziell zu verändern.

Ein vernünftiger «gesellschaftlicher Stoffwechsel mit der Natur» (Karl Marx) setzt voraus, die gesamte Produktion und Reproduktion von Anfang bis Ende nach ökologischen Kriterien zu organisieren.⁵ Zerstörungsindustrien wie die Rüstungsindustrie sind komplett zurückzubauen. Der motorisierte Individualverkehr ist weitgehend auf den öffentlichen Verkehr und den nicht-motorisierten Verkehr zu verlagern. Die Autoindustrie ist weitgehend zurückzubauen und die weiterhin benötigten Produktionslinien sind zu einer öffentlich kontrollierten Mobilitäts- und Eisenbahnindustrie zu verschmelzen. Die Verkehrsleistung muss mit einer entsprechenden Raum- und Stadtplanung für eine Stadt der kurzen Wege deutlich vermindert werden. Der Güterverkehr stieg durch die Zerlegung der Wertschöpfungsketten so stark an, dass die Eisenbahnen gar nicht mehr in der Lage wären, diesen zu bewältigen. Darum ist der Güterverkehr durch Planung der Produktionsorte zu reduzieren. Diese Umbauschritte erfordern zugleich die demokratische Aneignung der Raum- und Stadtplanung und die gesellschaftliche Aneignung des Bodens. Die gesamte Nahrungsmittelproduktion ist kom-

catastrophe grandissante et les moyens de l'arrêter. Paris: La Découverte, S. 249ff; Löwy, Michael (2016): Ökosozialismus: Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe. Hamburg: Laika Verlag, S. 28ff.

4 Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: Oekom Verlag, S. 73.

5 Zeller 2020: Kapitel 4-8.

plett ökologisch umzubauen und die Agrarindustrie zu entmachten. Die fleischverarbeitende Industrie ist massiv zurückzubauen. Die gesamte Energieumwandlung und -versorgung ist auf erneuerbare Energieträger umzustellen und zugleich der Energieverbrauch massiv zu senken. Das allerdings erfordert die demokratische gesellschaftliche Aneignung des gesamten Energiesystems.

Handlungsstrategie hin zur ökosozialistischen Transformation

Breite Teile der Bevölkerung sind davon zu überzeugen, die fossilen Konzerne einschliesslich der Autokonzerne und der Finanzkonzerne auf demokratische Weise gesellschaftlich anzueignen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, diese Konzerne kontrolliert und entsprechend den gesellschaftlichen Anliegen herunterzufahren und komplett umzubauen.

Doch diese Perspektive gilt es zuzuspitzen. In den deutschsprachigen Ländern erkenne ich drei strategische Achsen.

1. Erstens gilt es die fossilen Konzerne in den Fokus zu nehmen. Es ist zu überlegen, wie breitenwirksame, transnationale Kampagnen für die Enteignung dieser Konzerne und deren demokratische gesellschaftliche Aneignung geführt werden können. Die Vergesellschaftung ist Voraussetzung für einen Rückbau des fossilen Sektors, so dass dieser nicht zu Massenentlassungen und Verarmungsprozessen führt.
2. Zweitens setzt eine umfassende ökologische Mobilitätswende, die eine weitgehende Verbannung des motorisierten Individualverkehrs aus urbanen Ballungsräumen einschliesst, voraus, dass die Automobilkonzerne und grosse Zulieferunternehmen gesellschaftlich angeeignet, zerschlagen und mit der Eisenbahnindustrie zu einer öffentlich und durch die Beschäftigten kontrollierten Mobilitätsindustrie verschmolzen werden. Es gilt zu überlegen, wie sich diese Perspektive mit einer gesellschaftlich breit verstandenen Kampagne zuspitzen lässt.
3. Die dritte Achse zielt auf die gesellschaftliche Aneignung des Finanzsektors. Alle Umbaumaassnahmen erfordern umfassende Investitionen. Der Finanzsektor ist vollumfänglich in den Dienst dieses Umbaus zu stellen. Alle gesellschaftlich nicht notwendigen Bereiche des enorm aufgeblähten Finanzsektors müssen unter öffentlicher Kontrolle heruntergefahren werden. Ein zentraler Angriffspunkt sind die kapitalgedeckten Altersvorsorgesysteme. Diese sind in umlagefinanzierte Pensionskassen umzuwandeln, die für alle Menschen ein würdiges Leben nach ihrer Berufstätigkeit ermöglichen.

Kontrolle durch die Beschäftigten und die Konsument:innen

Die Klimabewegung vermochte bislang durch Demonstrationen und Blockaden die Notwendigkeit einer radikalen politischen Wende ins Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten zu tragen. Doch konkrete Erfolge kann sie bislang nicht vorweisen.

Erst wenn sich Millionen von Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften als aktiver Teil der Klimabewegung verstehen und bereit sind, sich in «ihren» Unternehmen und Betrieben für einen ökologischen Umbau der Produktion einzusetzen, wird sich das Kräfteverhältnis substantiell verändern. Entscheidend ist, wie es gelingen kann, die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen für radikale sozial-ökologische Strukturreformen zu gewinnen. Im Zuge konkreter Kämpfe können die Menschen in Bewegungen und Betrieben gemeinsam lernen und die nötigen Erfahrungen sammeln, die es ihnen erlauben, die Machtfrage auch gesamtgesellschaftlich wirkungsmächtig auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzungen zu bringen.

Mit Streiks stellen die Beschäftigten eines Unternehmens ansatzweise die Machtfrage über die Kontrolle der Produktion und der Abläufe in Unternehmen. Durch ihren Ausstand signalisieren sie, dass sie die Anordnungen der Unternehmensleitung nicht befolgen und sich zu einer Gegenmacht formieren. Besonders wenn die Streikenden ihre Aktion weitertreiben und ihre Produktionsstätte oder Bürokomplexe besetzen oder sogar vom passiven zum aktiven Streik übergehen und die Arbeit unter eigener Regie wiederaufnehmen, stellen sie die Macht des Kapitals in Frage. Schliessen sich die Beschäftigten vieler Betriebe in einer Region oder eines Landes für einen Generalstreik zusammen, demonstrieren sie ihre kollektive Vetomacht gegenüber der wirtschaftlichen Macht des Kapitals. Das zeigen die Erfahrungen aus vielen Generalstreiks. Gelänge es in mehreren Ländern, möglichst unbefristete Generalstreiks für einen ökologischen industriellen Umbau durchzuführen, würde das die politischen Kräfteverhältnisse substantiell verändern. Einer derartigen Manifestation von Gegenmacht müsste jede Regierung Rechnung tragen.

Demokratische, auf die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen gestützte Organisationsprozesse bieten den einzelnen Lohnabhängigen die Möglichkeit, die lang erlebte eigene Passivität und Unterordnung unter verschiedene «Autoritäten», seien das staatliche Behörden, das Unternehmensmanagement oder die Gewerkschaftsbürokratie, zu überwinden, also selbst aktiv und zum Subjekt zu werden. Die Selbstermächtigung ist Beginn und Voraussetzung der Selbstemanzipation.

KLIMAGERECHTIGKEIT

Für einen Umweltschutz der 99%

Der Historiker und Aktivist Milo Probst hat sich in seinem Buch «Für einen Umweltschutz der 99%» mit verschiedenen Umweltschutzanliegen und -bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert auseinandergesetzt und sucht dort nach Verbindungen zwischen sozialen Fragen und Forderungen des Umweltschutzes. Entstanden sind verschiedene Geschichten von Menschen, welche Klimaschutz antirassistisch, feministisch und antikapitalistisch dachten. Wer diese Menschen waren und wieso Umweltschutz auch die soziale Dimension miteinbeziehen muss, wird im folgenden Interview diskutiert, welches erstmals als Podcast bei «Dissens» erschien und von dem wir einige Ausschnitte hier veröffentlichen.

Interview mit Milo Probst

Warum hast du ein Buch über Klimaschutz geschrieben?

Ich versuche an bestehende Debatten und Diskussionen anzuknüpfen. Das Buch soll sich zusätzlich mit der Geschichte auseinandersetzen. Ich wollte eine Spurensuche im 19. und 20. Jahrhundert machen und Beispiele zeigen, wo es Akteur:innen gab, die schon damals versucht haben, Herrschaftskritik und Kritik an der Umweltzerstörung miteinander zu verbinden. Und auf der anderen Seite geht es mir darum, eine Debatte darüber anzustossen, welche Subjekte in der Lage sein könnten oder sollten, eine soziale und ökologische Transformation anzustossen. Denn ich habe den Eindruck, dass linke Diskussionen häufig auf der Ebene der Programmatik bleiben: Man diskutiert, welche Forderungen interessant wären oder welche gesellschaftlichen Alternativen es braucht und wie diese benannt werden sollen. Was aber ein bisschen fehlt, ist meiner Meinung nach eine Diskussion darüber, wer überhaupt diese Veränderungen herbeiführen kann.

Warum muss Umweltschutz aus deiner Sicht links sein?

Von Vielen wird mittlerweile anerkannt, dass die gegenwärtige Klima- und Umweltzerstörung auf Ursachen in unserem Wirtschaftssystem zurückzuführen sind. Ich würde behaupten, dass Umweltzerstörung sehr eng mit der Art und Weise zusammenhängt, wie der heteropatriarchale, rassistische und imperialistische Kapitalismus funktioniert. Ein System, das strukturell Mensch und Natur ausbeutet. Und wenn wir das Problem an der Wurzel angehen wollen, dann müssen wir auch diese Herrschafts- und Unterdrückungsformen überwinden.

Was sofort ins Auge fällt, ist der Titel des Buchs und der Begriff «99%». Was hast du dir beim Titel überlegt?

Ich versuche damit auszudrücken, dass es notwendig ist verschiedene Kämpfe miteinander zu verbinden. Das heisst, dass Umweltschutz eben nicht nur als isoliertes Anliegen be-

trachtet werden darf, sondern auch als feministische Fragen, als Fragen des Antirassismus und als soziale Frage betrachtet werden soll. Was ich aber mit dieser Formulierung der 99% nicht sagen möchte, ist, dass es bereits jetzt ein solches Kollektiv geben würde, welches einheitlich für eine Veränderung kämpfen würde. Ich sehe diesen Ausdruck eher als ein Projekt oder als einen strategischen Horizont an, den wir ansteuern sollten und weniger als eine soziologische Analyse der Gegenwart. Ferner ist dieses Buch auch sehr stark inspiriert von einem anderen Buch, das von den drei Feministinnen Nancy Fraser, Tithi Bhattacharya und Cinzia Arruzza geschrieben wurde: «Feminism for the 99%». Die drei Autorinnen versuchen dort Feminismus als ein antikapitalistisches, antirassistisches und internationalistisches Projekt zu definieren. Und etwas ähnliches wollte ich mit Bezug auf Umwelt- und Klimafragen auch machen.

Der Begriff «99%» suggeriert jedoch ein bisschen, dass nur das 1% der Superreichen für die Klimakrise verantwortlich ist. Das Leben von den allermeisten Menschen im globalen Norden ist ja aber auch von der Ausbeutung von Menschen und Natur anderswo auf der Welt gekennzeichnet. Ist das dann nicht ein bisschen zu einfach mit dem Begriff der 99%?

Mir ist es sehr wichtig zu betonen, dass aktuell sehr viel mehr als nur 1% der Bevölkerung einem Lebensstil nachgeht, welcher ökologisch gesehen nicht nachhaltig ist. Trotzdem glaube ich aber, dass Umwelt- und Klimaschutz im Interesse einer ganz grossen Mehrheit der Bevölkerung sein könnte, sofern wir eben anders definieren, was Wohlstand ist oder was ein gutes Leben ausmacht. Ich glaube, dass ein Grossteil der Bevölkerung Interesse daran haben könnte, diese Veränderungen mitzutragen.

Du wirfst in deinem Buch einen Blick auf die Umweltbewegung der vergangenen Jahre und die Arbeiter:innenbewegung und untersuchst, warum diese Bewegungen nicht zusammengefunden haben. Woran machst du das fest und warum ändert sich das jetzt so langsam?

Ich spreche im Buch von einem doppelten Scheitern: einerseits von der Umweltbewegung oder der Naturschutzbewegung, in der beispielsweise die Gründung von Nationalparks und andern Naturschutzräumen dazu geführt hat, dass lokale Bevölkerungsgruppen vertrieben und ausgegrenzt wurden. Also Umwelt- und Naturschutz hat eine lange Geschichte von rassistischer und neokolonialer Politik und dadurch wurden auch mögliche Allianzen wiederholt verunmöglicht. Und auf der anderen Seite hat die Arbeiter:innenbewegung sehr lange ein Misstrauen gegenüber Umweltschutzanliegen entwickelt bzw. befördert. Auch da gilt es, eine interne Kritik der Linken stark zu machen und voranzutreiben, weil auch dort sehr viele blinde Flecken weiterhin existieren.

Interessant im Buch ist, dass du die Gelbwesten-Proteste in Frankreich anführst als Beispiel für einen Umwelt-



schutz der 99%. Da gäbe es ja noch andere Bewegungen; wieso genau diese als ein Beispiel?

Bei den Gelbwestenprotesten ging es auch um grundlegende Forderungen, also um Fragen der Umverteilung, der sozialen Gerechtigkeit, der Frage wie arbeiten wir, etc. Es ging nicht einfach darum, dass irgendwelche autobesessenen Individualist:innen höhere Kosten für ihre Mobilität bekämpfen wollten. Das Beispiel zeigt auch: neoliberale Umweltpolitik verschärft soziale Ungerechtigkeiten und eine wirklich nachhaltige Umweltpolitik muss soziale Fragen miteinbeziehen. Es geht nicht ohne eine massive Umverteilung von Macht und Ressourcen und eine Demokratisierung der Gesellschaft. Und diese Fragen wurden im Ansatz in dieser Bewegung bearbeitet.

Eine Frage zum Begriff «grüner Kapitalismus» und «grünes Wachstum». Können wir die Klimakatastrophe nicht einfach mit besseren Technologien abwenden? Und warum glaubst du nicht daran?

Einerseits wird das ja seit Jahrzehnten versprochen. Dieses Versprechen der «Entkopplung» zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverschleiss – wie es häufig heisst – ist einfach nicht eingetroffen. Und trotzdem macht sie immer noch die dominante Theorie in der Klima- und Umweltschutzbewegung aus. Das andere ist, dass Klimazerstörung und Klimakrise nicht vor uns stehen, sondern dass wir mittendrin stecken. Trotzdem ist nichts passiert. Das macht deutlich, wo die Prioritäten sind in diesem System, nämlich nicht bei denen, die bereits jetzt unter den Folgen der Umweltzerstörung leiden. Das heisst, dieses System zu verändern, ist nicht nur notwendig, weil es die Umwelt zerstört, sondern weil es auch Menschengruppen abwertet, weil es Ungleichheit schafft.

Umweltschutz ist mehr als der Schutz der Natur; muss auch antirassistisch und feministisch sein. Kannst du das noch konkreter beschreiben?

Umweltzerstörung ist auf ein Produktionssystem zurückzuführen, das wachstumsorientiert ist. Die Frage ist nun aber: Wie funktioniert dieses System? Und da gilt es gewisse Grundannahmen, was der Kapitalismus ist, zu überdenken. Kapitalismus ist meiner Ansicht nach nicht nur ein System, das einfach die Lohnarbeitenden ausbeutet, sondern ist auch ein System, das rassifizierte Menschen entmenschlicht, ausbeutet und das Frauen, nicht binäre Menschen oder Transgendermensen ausbeutet. Das heisst, es gibt hinter der Sphäre der Produktion eine weitere Sphäre, in der Arbeit gratis oder zu einem sehr geringen Preis angeeignet wird und in der auch die Natur kostenlos oder nahezu kostenlos angeeignet wird. Und wenn wir dieses System so begreifen, wird meines Erachtens sehr schnell deutlich, dass es beim Umweltschutz nicht nur darum geht, Ressourcen anders zu verteilen. Bei antikapitalistischer Politik geht es ebenso wenig nur darum, den Arbeitenden bessere Arbeitsbedingungen zu geben. Sondern es geht ebenfalls darum, den tiefstzenden Sexismus und Rassismus auszumerzen.

Dein Buch ist eine Spurensuche in der Vergangenheit nach den Verbindungen zwischen den Bewegungen. Wo hast du diese Spuren schlussendlich gefunden?

Ich wollte nicht in der altbekannten linken Geschichte nach solchen Spuren zu suchen, sondern auch andere Wege beschreiten, d.h. eine andere, alternative Kartografie der Linken zeichnen und andere Akteur:innen entdecken. Es sind Figuren und Gruppen, welche in der Forschung noch wenig Beachtung gefunden haben. Es sind beispielsweise libertärsozialistische oder anarchistische Personen bzw. Gruppen, die versucht haben, soziale Fragen mit Umweltfragen zu verbinden.

Kannst du uns dazu ein Beispiel geben?

Ein Knotenpunkt der verschiedenen Geschichten, die ich versuche im Buch nachzuerzählen, ist ein Anarchist, der Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in Argentinien gelebt hat. Er war Teil einer diversen, anarchistischen Community, die damals in Buenos Aires mit der Migration vom Menschen aus Europa Fuss gefasst hat. Er war journalistisch tätig, hat viele Texte geschrieben und hat auch Utopien entworfen, in welchen die kapitalistische Gesellschaft einer radikalen Kritik unterzogen, alternative Lebensformen entworfen und die Frage der Naturzerstörung thematisiert wurde. Die Erzählung beginnt damit, dass er sich mit einem bekannten Gesicht der anarchistischen Bewegung unterhält. In der überlieferten Korrespondenz zwischen den beiden findet sich eine Diskussion darüber, ob sich die Menschen nicht auch gegenüber von Tieren solidarisch verhalten und die Solidarität auf die Natur ausweiten sollten. Das heisst, es wird ein sehr breiter Solidari-

tätsbegriff verwendet, der auch die Verbundenheit mit den nichtmenschlichen Wesen der Welt hervorhebt und nicht nur Solidarität zwischen den Menschen als Ziel einer linken Politik postuliert.

Eine weitere Figur aus deinem Buch ist Louise Michel; sie war Teil der Pariser Commune. Wo hat sie mit ihrer Intervention angesetzt?

Louise Michel war Teil einer Diskussion und Praxis alternativer Erziehung und Bildung, an der auch viele andere Anarchist:innen beteiligt waren. Und in diesen alternativen Schulprojekten, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden sind, ging es darum, die Menschen zu Solidarität zu erziehen. Aber es ging auch darum, eine Achtung der Nicht-Menschen, also der Tiere und der Natur, zu fördern. Dabei wurde eine Ethik der Sorge um Mitmenschen und Natur entwickelt.

Im feministischen Diskurs gibt es auch die Begriffe der Sorge bzw. Care-Arbeit.

Ja, die ökofeministische Kritik am Kapitalismus versucht Parallelen sichtbar zu machen zwischen der Abwertung der Sorgearbeit bzw. der weiblich kodierten Sorgearbeit und der Abwertung von Ökosystemen. Und in feministischen Kämpfen wird eine andere Prioritätensetzung als im Kapitalismus gefordert: Sorge und Respekt vor dem menschlichen und nichtmenschlichen Leben soll im Zentrum stehen und nicht die Erwirtschaftung von Profit.

Das Buch erschien im Rahmen der Reihe «Nautilus Flugschrift» und ist hier erhältlich bei: edition-nautilus.de



Die Zauberformel «**Netto-Null**» hat sich durchgesetzt



Die Forderung nach «Netto-Null-Treibhausgasemissionen» bildet den gemeinsamen Nenner zwischen der Klimabewegung und voranpreschenden Teilen von Finanzbranche, Konzernen und Staaten. Die generelle Haltung in der Klimapolitik hat sich damit weg von der Leugnung bzw. Relativierung der Klimaerhitzung bewegt und eine bedeutende Hürde genommen. Belässt man es aber allein bei dieser radikal anmutenden Forderung, kann dies ineffektive bis imperiale Massnahmen zur Folge haben. Wir tun gut daran, uns rasch auf diese neue Situation einzustellen.

von Emil Spotter (BFS Zürich)

Der Begriff «Netto-Null» erlebt Hochkonjunktur. Spätestens seitdem die Schulstreiks für das Klima Ende 2018 weltweit um sich greifen, ist die Forderung in aller Munde. Sie erlaubt, endlich ein greifbareres Ziel in der Klimapolitik zu benennen und Parteien hinsichtlich ihres ökologischen Programms zu vergleichen. Für den Klimastreik Schweiz bspw. war «Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2030» eine der drei Forderungen, auf die sich die Bewegung zu Beginn verständigen konnte. Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit lassen sich drei Punkte beobachten.

1. Die Mehrheit der politischen Parteien verpflichtet sich längerfristig zur «Netto-Null».

Nach jahrzehntelanger Ignoranz oder gar Leugnung sehen sich etablierte Parteien nun gezwungen, sich zu substanzielleren Zielen zu verpflichten. Sie haben begonnen, sich selbst darin zu überbieten, wie rasch sie die Wirtschaft CO₂-neutral gestalten wollen. Das soll nicht heissen, dass eine Mehrheit der Politiker:innen plötzlich bereit ist, die drastischen Schritte zu unternehmen, die notwendig wären, um das Pariser Abkommen einzuhalten und die globale Erhitzung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Vielmehr sind die etablierten Parteien angesichts der Tatsache, dass der Klimawandel nun eines der wichtigsten politischen Themen ist, aufgefordert, ein detaillierteres ökologisches Programm auszuarbeiten, sei es nun radikal oder nicht. Sie müssen ihre Position verdeutlichen und erklären, welche Massnahmen (nicht) ergriffen werden können bzw. sollen und wie sich diese auf Produktivität, Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit usw. auswirken würden.

2. Zentrale Konzerne des fossilen Kapitalismus verpflichten sich bereits zu «Netto-Null».

Schnell wachsende Teile der Finanzindustrie – zusammen mit den zentralen Konzernen der fossilen Infrastruktur – haben sich wegbewegt von Leugnung und treiben ihre eigenen Vorschläge voran. Das mag in der Öffentlichkeit nicht so sichtbar sein, doch die «Netto-Null»-Zie-

le vieler Unternehmen sind tatsächlich ehrgeiziger als die von Staaten und vielen politischen Parteien: Der Rückversicherer Swiss Re und die Investmentbank Goldman Sachs wollen bis 2030, der Autohersteller Daimler bis 2039, der Energiekonzern RWE bis 2040, der Vermögensverwalter BlackRock und der Ölkonzern Shell beide bis 2050 CO₂-neutral werden – um nur einige der weltweit grössten Konzerne zu nennen. Während es den Grünen Parteien noch an ausreichender politischer Macht fehlt, um ihre Ziele auf nationalstaatlicher Ebene durchzusetzen, können private Unternehmen selbst entscheiden. Auf diese Weise können sie den Wunsch ihrer Investor:innen und Kund:innen nach «nachhaltigen Finanzen» erfüllen und drohende staatliche Eingriffe abwenden.

3. Staaten und internationale Organisationen tun sich schwer mit «Netto-Null»-Zielen.

Verglichen mit Parteien und Konzernen haben sich die eigentlichen Unterzeichnenden des Pariser Klimaabkommens – Nationalstaaten – nur wenig bewegt. Norwegen möchte bereits 2030 CO₂-neutral sein, Schweden und Deutschland bis 2045, Grossbritannien bis 2050 und China bis 2060. Die meisten anderen Staaten haben sich diesbezüglich aber noch keine Verpflichtungen auferlegt oder sind – wie die USA – erst daran, solche Ziele zu verabschieden. Auch auf der offiziellen internationalen Ebene hat «Netto-Null-CO₂» noch wenig Spuren hinterlassen. Der ehemalige US-Aussenminister, John Kerry, hat zwar eine Koalition namens «World War Zero» ins Leben gerufen und die UNO hat die Kampagne «Race to Zero» gestartet, aber weder im wegweisenden Pariser Klimaabkommen von 2015 noch in den Abschlusserklärungen der bisherigen Weltklimakonferenzen figuriert «Netto-Null» prominent als Ziel.

Zusammenfassend lässt sich ohne Übertreibung sagen: Der Ruf nach «Netto-Null-Emissionen» erklingt auf der ganzen Welt. Die Forderung strukturiert massgeblich die gegenwärtige Klimapolitik und geriert sich als Zauberformel gegen die Klimaerhitzung.

Was bedeutet «Netto-Null»?

Das Ziel «Netto-Null-Emissionen» wird unterschiedlich definiert. Zum Beispiel sind verschiedene Formen der Kompensation vorgesehen, um weiterhin anfallende Emissionen zu neutralisieren. Manchmal sind alle Gase gemeint, die nachweislich einen Treibhauseffekt haben, oft wird aber nur die Neutralisierung von CO₂ zum Ziel gesetzt. «Netto-Null» bedeutet, dass über die Gesamtheit eines Unternehmens, einer Stadt oder eines Staates alle durch Menschen verursachten Emissionen durch Reduktionsmassnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden müssen. Damit ist nicht ein Emissionshandelsystem wie dasjenige der EU gemeint, das Zertifikate und damit die Erlaubnis verkauft, eine bestimmte Menge

an CO₂ ohne Kompensationspflicht auszustossen. «Netto-Null» bedeutet auch nicht, CO₂-Emissionen nur zu bepreisen und sukzessive zu verteuern, wie es die Schweizer Klimapolitik vorsieht. Auch die Belohnung fiktiver Einsparungen von zukünftigen Emissionen ist damit nicht beschrieben. Vielmehr ist «Netto-Null» erst erreicht, wenn alle durch Menschen emittierten Treibhausgase durch Negativemissionen neutralisiert wurden. Das geschieht bspw. dann, wenn ein emissionspositives Unternehmen ausreichend Einheiten an Negativemissionen aufkauft, die bspw. biologisch durch Aufforstung oder technologisch durch direkte Abscheidung von CO₂ aus der Luft ausgewiesen werden können.



Umweltschutz mit Businessplan: Boris Johnson an der COP26.

«Netto-Null» als politischer Konsens

Diese drei Beobachtungen zeigen, dass die Forderung nach «Netto-Null» zu einem politischen Konsens geworden ist. Damit wurde eine historische Schwelle überschritten und viele Akteur:innen erkennen nun auf die eine oder andere Weise den sich anbahnenden ökologischen Zusammenbruch an. Die «netto Null»-Ziele implizieren Marktregime, die nicht nur von der unsichtbaren Hand Adam Smiths regiert werden, sondern auch von einem Mechanismus zur Neutralisierung von Treibhausgasemissionen. Unabhängig davon, ob es in Richtung Grüner Keynesianismus, Ökomodernismus, Laissez-faire-Kapitalismus oder zentrale Planung geht – im Zentrum jeder dieser Variation steht die Überzeugung, dass Treibhausgase als lokalisierbare und bepreisbare Äquivalente behandelt und auf «Netto-Null» reduziert werden sollen.

Es muss uns nicht überraschen, dass «Netto-Null» zum politischen Konsens werden konnte. Diese Forderung verbindet den Wunsch nach radikalem Handeln mit der Aussicht, weiterhin wachstumsorientiert produzieren zu können. Solange ein Ausgleichsmechanismus für die Neutralisierung der anfallenden Emissionen sorgt, kann weiterhin so viel – oder sogar noch mehr – produziert und konsumiert werden, so das Versprechen. Ausserdem meint man mit den Emissionen die Klimakrise bereits genügend an der Wurzel zu packen. Die komplexen und vielschichtigen Prozesse der Umweltzerstörung und Naturbeherrschung, von denen die gegenwärtige Pandemie nur ein Beispiel ist, lassen sich angenehm auf den Parameter «Treibhausgasemissionen» reduzieren. Um den drohenden Biodiversitätskollaps braucht man sich damit nicht zu kümmern.

Um allerdings «Netto-Null» tatsächlich zu erreichen, sind ein umfassendes Handels- und Zertifizierungssystem

sowie eine unglaubliche Menge an Negativemissionen erforderlich, um die Treibhausgasemissionen der Zukunft auszugleichen. Sehen wir uns zunächst das Handels- und Zertifizierungssystem an.

Die Mär vom «Marktversagen»

Der Bericht des Ökonomen Nicolas Stern von 2006, eine der vielbeachteten Studien zur Ökonomie des Klimawandels, bezeichnet die Klimaerhitzung als «das grösste Marktversagen, das die Welt je gesehen hat». Wird der Klimawandel als Marktversagen verstanden, ist die «richtige» Bepreisung von CO₂-Emissionen nur folgerichtig. Ziel ist dabei aber nicht, wie angenommen werden könnte, den Preis solcher «externer Kosten» der Naturzerstörung korrekt zu bestimmen. Vielmehr soll der niedrigste Preis gesucht werden, der genügend schmerzhaft ist, um eine Verhaltensänderung der Marktteilnehmenden zu bewirken. Können oder wollen Unternehmen jedoch die zusätzlichen Kosten für die Kompensation von CO₂-Emissionen tragen, weil sie bspw. Luxusgüter herstellen, müssen sie in keinster Weise ihre Produktion umstellen – es genügt, ausreichend Negativemissionen aufzukaufen. Warum es völlig fehlgeht, die Natur wie eine Ansammlung von Waren und den Klimawandel als ein «Marktversagen» zu behandeln, argumentiert der Artikel «Die Finanzialisierung der Natur im «grünen» Kapitalismus» weiter oben in dieser Ausgabe.

Das erste Emissionshandelssystem implementierte die EU bereits 2005 und erreichte damit eine Bepreisung von emittiertem CO₂. Es wurde dafür bekannt, viel zu viele und viel zu billige Emissionszertifikate auszustellen oder gar kostenlos abzugeben. Weil sich bspw. der deutsche Energiekonzern RWE bereits früh massenhaft mit solchen Zertifikaten eindeckte, kann er diese jetzt gewinnbringend verkaufen und seine Verluste im Kohlegeschäft auffangen. Weitere Staaten haben dem Beispiel der EU seither Folge geleistet und unzählige Ratingagenturen schiessen wie Pilze aus dem Boden, um Negativemissionen nach uneinheitlichen Standards zu zertifizieren. Im Vorfeld des Pariser Klimaabkommens haben ironischerweise deshalb gerade die sechs grössten Ölkonzerne (BG, BP, Eni, Shell, Statoil und Total) in einem offenen Brief an die Vereinten Nationen darauf gedrängt, dieses Vorgehen international zu koordinieren. Sie fordern, fossile Energien auf nationaler Ebene weiter zu verteuern und anschliessend Kosten und Handel von CO₂-Emissionen in einem globalen System zu definieren.

Jenseits der Märkte einzelner Weltregionen wird sich aber wohl kaum ein Emissionshandelssystem durchsetzen. Bereits im Kyoto-Protokoll von 1997 wurde den unterzeichnenden Staaten erlaubt, Emissionsreduzierungen sowie Negativemissionen zu zertifizieren und untereinander mit «Reduktionseinheiten» bzw. «Kompensationseinheiten» zu handeln. Begründet wurde dieses marktbasierende Vorgehen damit, im Namen globaler Gerechtigkeit einen «kooperativen Geist» zwischen Industrie- und Entwicklungsländern fördern zu wollen. Doch dieser zwischenstaatliche Emissionshandel hat nie wirklich Fahrt aufgenommen, da er die

historische Schuld des Globalen Nordens, über Jahrhunderte hinweg praktisch alleine fossile Energien verbrannt zu haben, völlig übergeht. Länder im Globalen Süden lehnen einen internationalen Emissionshandel zu Recht als Verwischung dieser historischen Schuld ab, während Länder des Globalen Nordens keine Entschädigungsforderungen ermuntern möchten.

Eklatanter Mangel an Negativemissionen

Die Nachfrage nach Negativemissionen wird in den kommenden Jahren massiv zunehmen, da voraussichtlich noch mehr fossile Energien aufgewendet werden, gleichzeitig aber «Netto-Null» angestrebt wird. Dabei gibt es aber viel zu wenig zertifizierte Projekte, die die weiterhin steigenden Emissionen kompensieren könnten. Dieser krasse Widerspruch wird sich in verschiedenen Formen manifestieren.

Der Druck wird massiv zunehmen, die Ansprüche zu senken, was und zu welchen Bedingungen als Negativemission gilt. Das bedeutet, dass Standards weich und schlecht nachprüfbar gehalten werden; Korruption und Fälschungen werden sich lohnen. Die bisherigen Erfahrungen im Neoliberalismus, wonach Kontroll- und Aufsichtsfunktionen an zahlreiche spezialisierte und teure Büros und Agenturen im privaten Sektor ausgelagert werden, können diese Dynamik nur befeuern. Weiter werden schon jetzt Forstprojekten Negativwirkungen (rückwirkend) zugesprochen, die auch ohne das Ziel, Negativemissionen zu verkaufen, umgesetzt worden wären. Analog der Steuervermeidung werden auch die Kompensationsmechanismen nur so vor Buchhaltungstricks strotzen. Denkbar sind bspw. «Super-Polluters», die Emissionen anderer Firmen auf ihrem Konto verbuchen und dann insolvent gehen.



Kompensationsprojekte benötigen Land, bspw. für Aufforstungsprojekte. Der Druck steigt, um Kompensationen vermehrt im Ausland durchführen zu dürfen. Das dafür benötigte Land lässt sich im Globalen Süden am billigsten akquirieren, womit sich Landnahmen im imperialistischen Stil massiv intensivieren werden. Eindeutig werden Kleinbäuer:innen die primär Leidtragenden dieser Entwicklung sein, da sie sich gegen gross angelegte Enteignungen selten wehren können. Damit wird Hunderttausenden bis Millionen von Menschen die Lebensgrundlage entzogen; Hungersnöte und Vertreibungen werden die Folgen sein. Einmal mehr werden die negativen Konsequenzen der Produktionsweise in den kapitalistischen Zentren auf die Peripherie abgeschoben.

Rasche Neuausrichtung

Führt man sich vor Augen, wie vielschichtig und kompliziert die Gründe, Mechanismen und Auswirkungen des Klimawandels sind, kann es nur sonderlich wirken, einen geosphärischen Indikator (CO₂) herauszugreifen und seine Neutralisierung als radikal hinzustellen. Indem Einheiten von CO₂ als lokalisierbar, quantifizierbar, bepreisbar und tauschbar behandelt werden, wird behauptet, die «externen Kosten» der Produktion einbezogen zu haben. In Anbetracht des Umfangs und des Ausmasses ökologischer Krisen – Artensterben, Abfälle, Versauerung der Meere, Pandemien, Überfischung, Monokulturen usw. – ist es ein gefährlicherer Ansatz, radikale Klimapolitik mit der Forderung nach «Netto-Null-Emissionen» zu verwechseln.

Darüber hinaus muss klar werden, dass mit «Netto-Null» noch kein Endpunkt benannt ist, sondern lediglich die Zeit bis 2050 gemeint sein kann. Das Pariser Klimaabkommen legt fest, dass Emissionen danach nicht bloss auf «Netto-Null», sondern insgesamt negativ ausfallen müssen. Davon ist im politischen Diskurs aber noch nirgendwo die Rede. Der Ökosozialist Andreas Malm argumentiert überzeugend, dass der kapitalistische Emissionshandel es nicht schaffen wird, für negative Emissionen zu sorgen. Selbst wenn in den kommenden Jahrzehnten die entsprechende Technologie im notwendig riesigen Stil umgesetzt werden würde, kann ihr Endprodukt – der Atmosphäre entzogenes CO₂ – nicht einfach sicher gelagert werden. Der Kapitallogik entsprechend würde es als Ware behandelt und verkauft werden müssen, womit es andere Emissionen neutralisieren, aber nicht für sich negativ bleiben würde.

«Netto-Null» kann auch äusserst reaktionär und imperial umgesetzt werden, wie dieser Artikel zu zeigen versucht hat. Ohne Überwindung von kapitalistischen Marktstrukturen wird sich die Forderung nicht erreichen lassen. Sollte sich «Netto-Null» weiter als Minimalkonsens durchsetzen, kann von einem politischen Sieg keine Rede sein. Eine rasche Neuausrichtung klimagerechter Politik auf die veränderten Mehrheitsverhältnisse ist notwendig. Denn der Handel mit zertifizierten Negativemissionen reicht für keine ökosoziale Welt aus.

Die Unia

Nicht mächtig, aber mächtig bürokratisch

Der «Skandal» um das Millionenvermögen der Unia wird von den Bürgerlichen für eine Schlammschlacht gegen die Gewerkschaften genutzt. Die Linke wiederum versucht das Vermögen zu rechtfertigen. Das eigentlich Spannende an der Offenlegung der Jahresrechnungen ist allerdings, dass die Unia dadurch einen Einblick in das Funktionieren ihrer Bürokratie verrät.

von Philipp Gebhardt (BFS Zürich)

«Die Unia dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit die finanzkräftigste politische Organisation der Schweiz sein – potenter als alle Parteien, Wirtschaftsverbände und NGOs.» Diese Schlagzeile aus dem Tages-Anzeiger wirbelt seit dem 13. September 2021 durch die Presse, als bekannt wurde, dass die Unia sehr reich ist.

Publik wurde die ganze Sache nur, weil die Unia ihre Steuerrechnung von 2018 anfocht, das Urteil bis vor Bundesgericht weiterzog, und schliesslich einen Teil ihrer Buchhaltung offenlegen musste, die zuvor nur 129 Delegierten der nationalen Delegiertenversammlung zugänglich gewesen war. Dabei wurde bekannt, dass ihr Vermögen um einiges grösser ist, als bisher vermutet. Die Unia mit ihren rund 1200 Angestellten und 180'000 Mitgliedern besitzt Tochtergesellschaften (z.B. Immobilienfirmen), hält Beteiligungen an Hotels und einer Druckerei, und kontrolliert eine eigene Stiftung. Je nachdem, wie wohlwollend man der Gewerkschaft gegenübersteht, wird die Gesamtheit des Vermögens – zusammen mit demjenigen der Stiftung Unia, die vor allem Immobilien besitzt – auf eine halbe (WOZ) bis zu einer ganzen (Blick) Milliarde Schweizer Franken beziffert. Das ausgewiesene Reinvermögen beläuft sich auf 457 Millionen Franken.

Dies brachte die Unia-Geschäftsleitung in arge Erklärungsnot. Anfangs versuchte sie noch, die vollständige Offenlegung der Zahlen zu verhindern. Der Kommunikationschef und seit 2007 aufstrebender Bürokrat in der Unia-Hierarchie, Serge Gnos, begründete die Geheimhaltung im Tages-Anzeiger damit, dass das Vermögen der Unia zugleich ihre Streikkasse sei. Durch den öffentlichen Druck und die Gefahr des Gesichtsverlusts als Organisation, die sich normalerweise für Transparenz in Finanz- und Vermögensangelegenheiten einsetzt, war die Geschäftsleitung anfangs

Oktober 2021 schliesslich gezwungen, ihre Bücher ganz offen zu legen.

Wie finanziert sich die Unia?

Die Offenlegung der Vermögenswerte brachte zumindest ein bisschen Klarheit in der Frage, wie sich die Unia eigentlich finanziert (zum Beispiel mit der Fremdvermietung ihrer Immobilien und den Zinsen auf Kapitalanlagen) und widerlegte das von der Geschäftsleitung jeweils erzählte Märchen, dass sich die Gewerkschaft ausschliesslich via Mitgliederbeiträgen finanzieren würde. Auch gaben die Gewerkschaften zu, dass von den staatlichen Beiträgen an die Unia-Arbeitslosenkasse etwas für die Finanzierung anderer Tätigkeiten übrigbleibt. Eine zentrale Finanzquelle der Unia liegt aber nach wie vor im Dunkeln: nämlich die konkreten Einnahmen, welche die Sozialpartner aus den Gesamtarbeitsverträgen schöpfen.

In Branchen mit Gesamtarbeitsvertrag (GAV) sind die Lohnabhängigen und die Unternehmen dazu verpflichtet, einen Vollzugskostenbeitrag zur Umsetzung des GAV an eine Paritätische Kommission (PK) zu leisten. Die PK setzt sich aus Vertreter:innen der Arbeitgeber:innenverbände und der Gewerkschaften zusammen und finanziert im Wesentlichen drei Bereiche: erstens den GAV-Vollzug (z.B. Kontrollen auf den Baustellen, ob die Vertragsbestimmungen eingehalten werden), zweitens ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für die Lohnabhängigen, drittens den Verwaltungsaufwand der PK selbst. Konkret umgesetzt werden die ersten zwei Aufgaben aber wiederum von den Arbeitgeber:innenverbänden und den Gewerkschaften. Es fliesst also ein wesentlicher Teil der einbezahlten Gelder direkt an die Verbände.

Öffentlich bekannt sind die PK-Finzen und die konkreten Geldflüsse aber bisher nur ansatzweise. Der SVP-



Parlamentarier Thomas Aeschi, der als Unternehmensberater nicht nur politisch, sondern auch beruflich auf Kriegsfuss mit den Gewerkschaften steht, stellte 2018 Berechnungen zu den allgemeinverbindlichen GAV des Gastgewerbes und des Bauhauptgewerbes an. Er kam zum Schluss, dass die PK dieser zwei GAV im Jahr 2016 rund 65,6 Millionen Franken eingenommen hatten und davon 16,8 Millionen Franken direkt an die Sozialpartner überwiesen worden waren. Die NZZ berechnete im September 2021, dass 2019 die PK der schweizweit knapp 600 GAV 233 Millionen Franken eingenommen hatten, wovon wohl mindestens ein Viertel wiederum an die Arbeitgeber:innenverbände und die Gewerkschaften geflossen war.

In ihren am 8. Oktober 2021 publizierten Zahlen bezifferte die Unia nun die Einnahmen aus ihrer Arbeitslosenkasse (50 Mio.) und aus den Beiträgen der PK (30 Mio.) für das Jahr 2020 auf total 80 Millionen Franken – im Gegensatz zu 58 Millionen Franken aus den Mitgliederbeiträgen. Wieviel von 80 Millionen konkret übrigbleibt, nachdem die ALK- und GAV-Vollzugskosten etc. abgezogen wurden, liegt weiterhin im Dunkeln.

Klar ist nun hingegen, dass die Gewerkschaften sich und ihre Strukturen zu einem nicht unwesentlichen Teil via das System der Gesamtarbeitsverträge und den damit verbundenen Geldern aus den Paritätischen Kommissionen finanzieren. Deshalb ist es nichtssagend, wenn die Unia-Delegierten am Kongress im Juni 2021 einer Resolution über das «Ende der Sozialpartnerschaft» zustimmen. Die Hoffnungen, die einige klassenkämpferische Linke in diesen Vorstoss setzten, werden sich in Luft auflösen. Denn die Unia und ihre Exponent:innen sind nicht aufgrund ihrer mangelnden politischen Radikalität Anhänger:innen der Sozialpartnerschaft, sondern weil das Überleben des Gewerkschaftsapparates und somit ihrer Jobs davon abhängt. Die Vermögenswerte in Form von Aktien

und Obligationen, die Immobilien und insbesondere auch die Gesamtarbeitsverträge sind die materielle Basis der Gewerkschaftsbürokratie.

Das Wesen der Bürokratie in Arbeiter:innenorganisationen

Die Entstehung einer Bürokratie, also einer Herrschaft der Verwaltung (im Gegensatz zu einer Herrschaft der Mitglieder), hat in Arbeiter:innenorganisationen ihre Ursache in einem Paradox, das der marxistische Theoretiker Ernest Mandel die «Dialektik der partiellen Errungenschaften» nennt. Sobald eine Arbeiter:innenorganisation, sei es eine Partei oder eine Gewerkschaft, einen Teilfortschritt zur Verbesserung des (Arbeits-)Lebens für die Lohnabhängigen erzielt, hat sie fortan das Interesse, diese Errungenschaft zu verteidigen. Das nächste Mal, wenn sich die Möglichkeit einer Verbesserung stellt (z.B. wenn die nächste Arbeitsvertragsverhandlung ansteht), wird sich die Organisation tendenziell davor hüten zu viel zu riskieren, um den errungenen Fortschritt bei einer allfälligen Niederlage nicht zu gefährden. Somit enthält jede erkämpfte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zugleich eine konservative Schlagseite.

Bürokratisierung von Apparat und Sekretariat

Die Dialektik partieller Errungenschaften führt zu einer Bürokratisierung in organisatorischer und individueller Form. Die Organisation, welche den Fortschritt erzielt hat, stellt in der Folge das Überleben ihres Apparates über die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder, weil das Weiterbestehen des Apparates die Bedingungen für den Erhalt des erreichten Fortschritts ist. Und gleichzeitig beginnen auch die besten Klassenkämpfer:innen im Sekretariat der Arbeiter:innenorganisation damit, einen Organisationsfetischismus zu entwickeln und

den Apparat zu verteidigen, weil dieser wiederum der Garant ihrer Arbeitsstelle ist.

Die Inhalte der Gesamtarbeitsverträge als «partielle Er rungenschaften» entsprechen quasi den soften Grundlagen; das bare Vermögen, die Immobilien und die Einkommen aus den paritätischen Verhandlungen und der Arbeitslosen kasse den harten Grundlagen der Bürokratisierung der Unia. Daran wird auch das derzeit diskutierte Projekt Unia 2.0, welches eine verstärkte Mitsprache der Basis vorsieht, nichts ändern. Diese materiellen Zwänge sind immer stärker als der Wille eines:einer Sekretär:in, der:die sich mit guten Vor sätzen für die Anliegen der Lohnabhängigen einsetzen will.

Rekrutierung neuer Bürokrat:innen

Wer sind diese Menschen, die immer wieder von neuem die Bürokratie der Gewerkschaft reproduzieren, obwohl sie vielleicht ursprünglich zum Ziel hatten, den Apparat zu demokratisieren und eine kämpferischere Linie durchzusetzen?

Die Schweizer Gewerkschaftsbewegung rekrutiert ihre zukünftigen Bürokrat:innen grundsätzlich in drei gesellschaftlichen Milieus. Erstens sind die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und ihnen nahestehende NGOs seit jeher ein beliebter Fundus für – in Ansätzen politisierte und in technokratischen Manövern geschulte – Sekretär:innen. Zweitens reproduziert sich die Bürokratie bei Lohnabhängigen, die ihren «Aufstieg» ins Gewerkschaftsbüro von der Migroskasse oder der Baustelle um keinen Preis aufs Spiel setzen wollen und deshalb der Geschäftsleitung tendenziell hörig sind. Drittens bieten seit 15 Jahren vor allem die Institute für Politikwissenschaft und Soziologie an den Schweizer Hochschulen ein Reservoir von intelligenten Studierenden mit prekärer Jobaussicht.

Schon ab 2005, also kurz nach ihrer Gründung, versuchte sich die Unia mittels Import von neuen Organizingmethoden aus den USA neu zu erfinden. Die ursprünglich von Basisgewerkschafter:innen entwickelten «Bottom Up»-Methoden, welche die Lohnabhängigen selbst wieder zu Gewerkschafter:innen machen wollten, wurden hierzulande von oben herab und mit bürokratischem Impetus umgesetzt. Oberstes Ziel war der Stopp des Mitgliederschwunds, der spätestens seit den 1990er Jahren die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gefährdete.

Dafür wurde der Job des:der Gewerkschaftssekretär:in, der:die früher nicht nur Mitglieder rekrutierte, sondern sie auch betreute, rechtlich unterstützte und politisch aktivierte, aufgesplittet. Fortan war man entweder Organizer:in oder Campaigner:in. Erstere:r geht die meiste Zeit im Stile eines:einer Corris-Agent:in auf Mitgliederjagd (deshalb war es auch nicht überraschend, als die Unia diese Aufgabe tatsächlich an Corris ausgelagert hat). Der:die Zweite ist dafür

zuständig, die von oben beschlossenen politischen Kampagnen umzusetzen und die Mitglieder dafür zu aktivieren. Für beide Aufgaben eignen sich Hochschulabgänger:innen ganz passabel. Aufgrund der mangelnden Karrieremöglichkeiten bei anderen Unternehmen akzeptieren sie tendenziell die hierarchischen Strukturen der Bürokratie. Mit einem längerfristigen Vertrauensaufbau an der Basis und einer konstanteren Präsenz an den Arbeitsplätzen hat diese Form von politischem Campaigning allerdings nur selten etwas zu tun.

Die Durchsetzung der Sozialpartnerschaft in der Schweiz

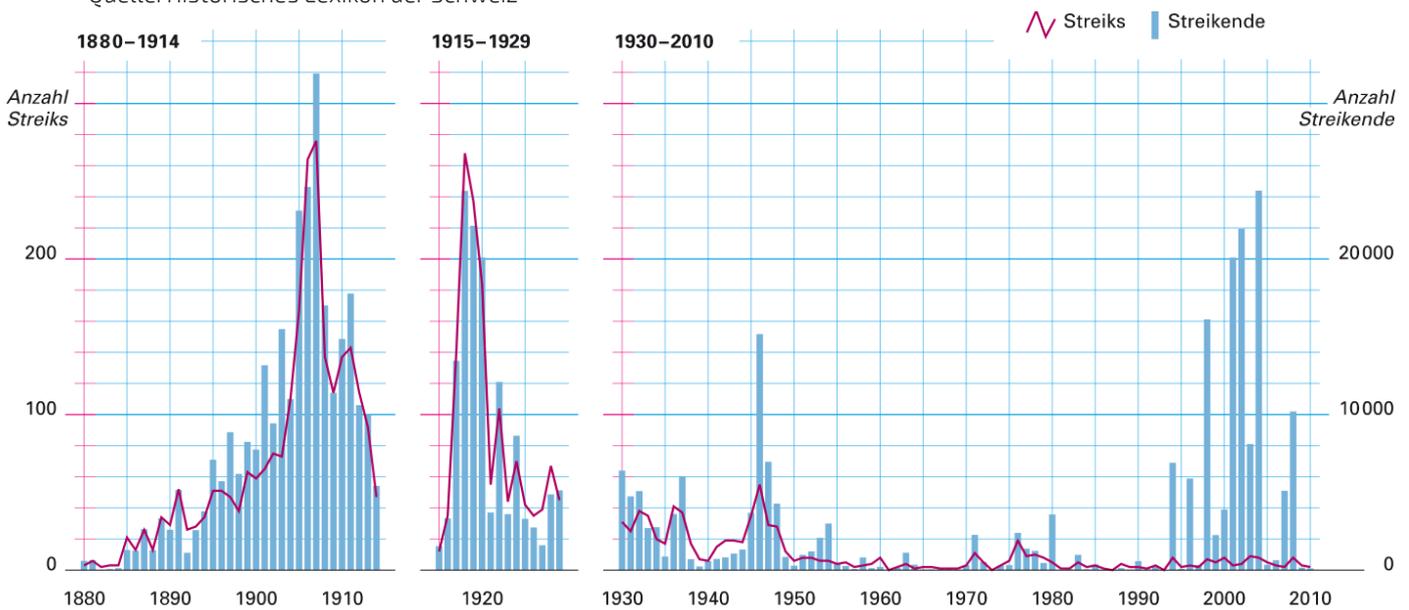
Der Ausbau der gewerkschaftlichen Bürokratie und die Verfestigung einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik gehen Hand in Hand. Das Zusammenspiel ist aber immer auch das Resultat von konkreten historischen Entwicklungen. Gemeinhin wird der Beginn der ausserordentlich starken Sozialpartnerschaft in der Schweiz auf das Jahr 1937 datiert. Im Laufe des Jahres 1937 kam es in der grössten Maschinenfabrik des Landes – bei Sulzer in Winterthur – zu einer Lohnbewegung, die erst dank dem massiven Druck seitens der Unternehmensleitung, dem mehrmaligen Wiederholen der Streikabstimmungen und dem direkten Verrat der nationalen Leitung der Metallarbeitergewerkschaft SMUV und ihres Zentralsekretärs Konrad Ilg zu einem Abschluss gebracht werden konnte. Das Resultat war das berühmte «Friedensabkommen» in der Schweizer Metall- und Maschinenindustrie, das fortan jegliche Kampfmassnahmen der Arbeiter:innen verbot.

Das Friedensabkommen war aber noch nicht das Ende der Streikbereitschaft der Arbeiter:innen und der Beginn des absoluten Arbeitsfriedens in der Schweiz. Richtig durchgesetzt hat sich diese Form der Sozialpartnerschaft hierzulande erst in der Streikbewegung 1944-1948. Wie schon nach dem 1. Weltkrieg kam es gegen Ende des 2. Weltkrieges zu einer beachtlichen Anzahl Streiks. Vor allem in der gewerkschaftlich bisher schwach organisierten Textil-, Chemie- und Papierindustrie sowie in der Baubranche kam es zu heftigen sozialen Kämpfen.

Ausgang der Kämpfe waren die gesunkenen Reallöhne während des Krieges und der autoritäre, gewerkschaftsfeindliche «Herr im Hause»-Standpunkt vieler Unternehmer der betroffenen Branchen. Die zwei zentralen Forderungen aller Streiks bei Kriegsende waren die Erhöhung der Real-löhne und die kollektive Regelung der Arbeitsbeziehungen. Die Entschlossenheit der Arbeiter:innen, welche viele «Herrn in den Häusern» überraschte, und der absehbare wirtschaftliche Aufschwung führten zum Einlenken der Unternehmen und in den meisten Fällen zu einem (Pyrrhus-) Sieg der Arbeiter:innen. Die Streikenden erreichten sowohl ansehnliche Lohnerhöhungen, als auch die Einführung von

Anzahl Streiks und Streikende in der Schweiz 1880-2010

Quelle: Historisches Lexikon der Schweiz



Kollektivarbeitsverträgen. Letztere enthielten aber – dies haben die «Herren» vom Friedensabkommen 1937 gelernt – jeweils eine absolute Friedenspflicht während der Vertragsdauer.

Wir erkennen also auch hier die «Dialektik der partiellen Errungenschaften»: Die relative Stärke der Streiks zwischen 1944-1948 führte gleichzeitig zur endgültigen Durchsetzung der Sozialpartnerschaft auf nationaler Ebene.

Die Produktivitätssteigerungen in der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs in den 1950er und 1960er erlaubten es den Gewerkschaften dabei relativ einfach Lohnerhöhungen für die (Schweizer) Lohnabhängigen zu erreichen, ohne dafür kämpfen zu müssen. Dieser Umstand bot zusammen mit dem Klima der Geistigen Landesverteidigung und des Antikommunismus optimale Voraussetzungen, um die kämpferische Gewerkschaftspolitik ad acta zu legen und das System der Sozialpartnerschaft branchenübergreifend zu verfestigen.

Die Zunahme der Anzahl Streikenden (weniger der Anzahl Streiks) um die Jahrtausendwende erklärt sich nicht durch die «neue kämpferische Linie der Unia», sondern vor allem durch die beachtlichen Mobilisierungen der Bauarbeiter:innen, die sich 2001/02 mit Streiks und der Blockade des Baregg隧nells im November 2002 die für die Schweiz nahezu einzigartige Frühpensionierung mit 60 Jahren (statt 65) erkämpft haben. Organisiert wurde die Streikbewegung durch die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), die 2004 mit dem Schweizer Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) und einer kleinen Dienstleistungsgewerkschaft zur Unia fusionierte. Weil der GAV des Bauhauptgewerbes – wie weiter oben beschrieben – zu den wichtigsten GAV gehört und damit beträchtliche Geldsummen zusammenhängen, war die Unia in den folgenden Jahren gezwungen, die GAV-Verhandlungen jeweils mit grossen (Warn-)Streiks zu begleiten, um ihre Verhandlungsposition mit den Baum-

eister:innen zu stärken. Eine Abkehr von der traditionellen Sozialpartnerschaft war damit aber nicht verbunden.

Was also tun mit den Gewerkschaften?

Die Unia ist nicht mächtig, weil sie Vermögen besitzt und sich damit einen grossen bürokratischen Apparat finanzieren kann. Eigentliche gewerkschaftliche Macht definiert sich darüber, ob die organisierten Lohnabhängigen zusammen mit ihren Gewerkschaften in der Lage sind, das Kräfteverhältnis in den Betrieben zu ihren Gunsten zu verändern und die Anliegen der Belegschaft gegen die Unternehmen durchzusetzen. Hierzu ist die Unia leider nicht fähig.

Trotz aller Kritik an den Gewerkschaftsbürokratien versuchen wir als Linke jede Form von gewerkschaftlicher Organisation zu fördern. Angesichts der Klimakatastrophe und des deshalb nötigen Um- und Rückbaus des gesamten kapitalistischen Produktionsapparats ist das Aufbauen von gewerkschaftlicher Gegenmacht in den Betrieben sogar absolut dringend. Vielfach ist die Unia (oder eine andere SGB-Gewerkschaft) auch nach wie vor der beste Ort dafür, weil die Mitgliedschaft in einer Nischengewerkschaft viel weniger Vernetzungs- und Interventionsmöglichkeit bietet.

Natürlich unterstützen wir alle Bestrebungen, die Sozialpartnerschaft zu bekämpfen, wie es am letzten Kongress der Unia im Juni 2021 versucht wurde. Damit solche Vorstösse aber auch reale Konsequenzen nach sich ziehen, braucht es nicht nur innergewerkschaftliche Demokratie, sondern vor allem eine konkrete gewerkschaftliche Verankerung an den Arbeitsplätzen und damit verbundene Kollektive von Lohnabhängigen, die bereit sind für ihre Anliegen zu kämpfen, zu streiken und damit die Politik des Arbeitsfriedens herauszufordern. Das System der Sozialpartnerschaft und die damit zusammenhängenden Interessen der Bürokratie sind Hindernisse auf dem Weg zur Entwicklung einer solchen gewerkschaftlichen Gegenmacht.

«...dass endlich Frieden einkehrt.»»

Sohail Khan ist 2016 aus Afghanistan in die Schweiz geflüchtet und engagiert sich in der von ihm gegründeten NGO «Education for Integration». Bisher hat sich die NGO vor allem für die Integration von (afghanischen) Geflüchteten eingesetzt. Mit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 verschob sich der Fokus auf die direkte Hilfe für Menschen in Afghanistan.

Interview von Philipp Gebhardt (BFS Zürich) mit Sohail Khan

Sohail, unmittelbar nach der Machtübernahme der Taliban habt ihr angefangen, direkte Hilfe für die Menschen in Afghanistan zu leisten. Wie sehen diese Hilfsleistungen aus?

Wir haben das Projekt «Danke Schweiz» in Afghanistan gestartet, um bedürftige Familien zu unterstützen. Zusammen mit lokalen Freiwilligen, die an mehreren Orten in Afghanistan tätig sind, verteilen wir Lebensmittel (Bohnen, Reis und Öl) an die Menschen in Not. Nebst der Unterstützung mit lebensnotwendigen Gütern wollen wir den Bewohner:innen auch die Botschaft vermitteln, dass wir bei ihnen sind und sie nicht im Stich lassen.

Wie organisiert ihr euch konkret und wie sorgt ihr dafür, dass das Essen bei den Bedürftigen ankommt?

Uns war von Anfang an wichtig, dass wir uns auf vertrauenswürdige Freiwillige stützen können. Wir suchten diese Personen sehr sorgfältig aus, indem wir unter anderem in unserem Umkreis fragten, ob sie Verwandte oder Bekannte haben, die sich so eine Aufgabe zutrauen würden. Es ist eine sehr herausfordernde Aufgabe, weil sie mit grosser Verantwortung und vielen Erwartungen verbunden ist und die Situation in Afghanistan sehr instabil bleibt.

Bei Verteilaktionen kann es sein, dass Personen aus Frustration und Hunger Probleme verursachen. Zum Glück konnten wir 60 lokale Freiwillige für das Projekt gewinnen, von denen viele Familie oder Bekannte hier in der Schweiz haben. Unsere Freiwilligen leben in Städten wie Herat, Tahkar, Gazni und Kabul. Weil sie aus diesen Städten kommen, kennen sie die lokalen Verhältnisse und wissen, welche Menschen dringend Hilfe benötigen. Das sind in erster Linie Frauen, von denen viele verwit-

wet sind. Um zu garantieren, dass das Essen bei den Bedürftigen ankommt, haben wir drei «security factors» bestimmt:

1. Wir vertrauen unseren Freiwilligen und jede:r von ihnen führt eine Liste mit Bedürftigen.
2. Personen, die unterstützt werden möchten, registrieren sich in dieser Liste.
3. Als Beweis für die tatsächliche Auslieferung des Essens verlangen wir Quittungen, Fotos, oder andere mediale Beweise (z.B. Berichte von Kabulnews oder dem nationalen Fernsehen RTA Pastro).

Damit eure Hilfe nicht kriminalisiert wird, braucht ihr eine Erlaubnis der neuen Machthaber. Wie gestaltet sich euer Kontakt mit den Taliban?

An erster Stelle steht für uns die Sicherheit unserer Freiwilligen. Wir nahmen Kontakt mit der neuen Regierung auf um zu erfahren, was die neuen Regeln für humanitäre Organisationen sind. Weil wir nicht direkt politisch aktiv sind und unser Hauptziel ist, den Menschen zu helfen, haben uns die Taliban die Erlaubnis gegeben. Trotzdem bedeutet dieses nicht, dass wir in irgendeiner Form mit dem Regime kollaborieren oder Menschenrechtsverletzungen tolerieren. Dies haben wir auch den Taliban so mitgeteilt.

Du redest von einer riesigen Nachfrage nach euren Essenslieferungen. Warum ist die internationale Entwicklungshilfe so rasch zusammengebrochen?

Das lag vor allem daran, dass die Situation für viele Freiwillige vor Ort nicht mehr sicher war. Mittlerweile ist UNICEF teilweise wieder aktiv in Kabul. Auch das Rote Kreuz blieb vor Ort, um medizinische Hilfe zu leisten. Es



ist allerdings schwierig, die Situation zu überblicken. Das Einzige, was wir von unseren Freiwilligen mitbekommen, ist, dass die Nachfrage viel grösser ist als die angebotene Hilfe. Allein bei uns haben sich innerhalb von zwei Wochen über 30.000 Familien gemeldet. Das liegt unter anderem daran, dass wir in den grossen Medien in Afghanistan mehrmals erwähnt worden sind. Bereits nach wenigen Wochen haben die Taliban ihre anfänglichen Versprechen, eine pluralistische Regierung zu bilden und Frauenrechte zu schützen, über Bord geworfen.

Was kommt noch auf die afghanische Bevölkerung zu?

Diese Frage kann niemand beantworten. Aber was ich mit meiner Erfahrung sagen kann, ist, dass die Zukunft für die afghanische Bevölkerung nicht gut aussieht, weil meiner Meinung nach weiterhin viele Länder aussen- und geopolitische Interessen in Afghanistan verfolgen und die Stabilisierung des Landes unter der Herrschaft der Taliban nicht in ihrem Interesse ist. Das Wichtigste, was wir uns für die Zukunft Afghanistans wünschen, ist, dass nach 45 Jahren Krieg endlich Frieden einkehrt.

Wie werden die westlichen Regierungen auf diese Entwicklungen reagieren? Besteht die Gefahr einer

Rehabilitierung der Taliban, z.B. um Geflüchteten in Europa Schutz zu verwehren? Bereits einen Monat nach der Machteroberung der Taliban forderte z.B. die Schweizerische Volkspartei (SVP) die Verschärfung des Asylrechtes, um die «drohende Flüchtlingswelle abwehren» zu können.

Das ist möglich. Zentral ist, dass der Westen der afghanischen Bevölkerung zur Seite steht und sie unterstützt. Man muss berücksichtigen, dass das Land seit 45 Jahren im Krieg ist und jede einzelne Familie darunter gelitten hat. Die meisten Auseinandersetzungen im Land waren wegen politischen Interessen von äusseren Kräften.

Die Leidtragende war aber immer die afghanische Bevölkerung. Ich bin der Meinung, dass die europäischen Länder und somit auch die Schweiz die Türen öffnen sollen für all diejenigen, die in den letzten Jahren in Afghanistan für die «Ideale des Westens» gekämpft haben – also für Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung. Alle Schweizer Parteien sowie die Bewohner:innen des Landes sollten verstehen, dass das Leben von vielen Menschen davon abhängt, ob sie hier Schutz finden können. Gleichzeitig sollte die Schweiz auch vor Ort helfen, zum Beispiel indem sie Organisationen wie die Unsere unterstützt, die bereits im Land tätig sind. Damit könnte man zumindest einen Teil des Problems an der Wurzel packen.

Afghanistan befindet sich in einer humanitären Krise. Wenn der afghanischen Bevölkerung nicht sofort breite Hilfe zukommt, werden weitere unschuldige Leben geopfert.

Afghanistan braucht eure Hilfe!

Spenden an: **Education For Integration**

IBAN: CH03 0024 8248 1604 6102 T
Bireggstrasse 36, 6003 Luzern

Strassenszene im Süden Nicaraguas.

NICARAGUA

Der tiefe Fall einer Revolution

42 Jahre nach der sandinistischen Revolution hat sich in Nicaragua vieles ins Gegenteil verkehrt. Was bleibt übrig? Ein Land in Armut, ein Grossteil der Nicaraguaner:innen, die in den 1980er Jahren und darüber hinaus für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus kämpften, ein diktatorisches Ehepaar und eine kleine Flamme des Widerstands in Form einer Generation, die unter dem heutigen Regime aufwuchs und 2018 gegen diese beklemmenden Verhältnisse auf die Strasse ging. Ein Reisebericht vom Juli 2021.

von Hendrick Bollinger (BFS Zürich)

Sapo ist das spanische Wort für Kröte. Schlägt man die Bezeichnung des Tieres im Wörterbuch nach, gelangt man ebenfalls zu folgenden Übersetzungen ins Deutsche: gerissene Person, Polizist, Spitzel, Verräter oder Denunziant. Gerade weil sapo diese Nebenbedeutungen anhaften, wird es in Nicaragua verwendet, um die Anhänger:innen des früheren Guerilla-Kommandanten und heutigen Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega, zu bezeichnen. Sie werden ebenfalls Danielistas oder Ortegaistas genannt. Daniel ist die unangefochtene Führerfigur des Frente Sandinista (FSLN¹), also der Sandinistischen Bewegung², welche 1979 die Diktatur von Somoza stürzte und eine ähnliche Ausstrahlung hatte wie 20

Jahre zuvor die kubanische Revolution. Doch diese hoffnungsvolle Zeit des Aufbruchs, in der eine der grausamsten Militärdiktaturen Lateinamerikas besiegt, ein ganzes Land alphabetisiert und eine Bodenreform durchgeführt wurde, ist lange her. 1990 wurden die Sandinistas abgewählt. Es folgten 16 Jahre neoliberale Regierungen. Seit 2007 sind Daniel und der Frente wieder an der Macht. Seine Anhänger:innen weiterhin bloss als Sandinistas zu bezeichnen – was sie selbst freilich tun –, ist jedoch nicht mehr angemessen, wenn man erkennt, dass die Parteiführung des FSLN rund um Daniel Ortega und seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo die Ideale der Revolution längst verraten haben. Das Ehepaar Ortega-Murillo steht heute an der Spitze eines selbstgefälligen Regimes, welches seit 2007 immer autoritärer wurde. Was aus der Revolution der 1980er Jahre noch übrig bleibt, ist hauptsächlich die antiimperialistische Rhetorik. Deshalb wird in diesem Text von Danielistas auf der einen und Dissident:innen, also Ortega-kritischen Sandinistas, auf der anderen Seite gesprochen.

2018 kam es zu einem mehrmonatigen Volksaufstand, welcher das Regime Ortega-Murillo ernsthaft ins

Wanken brachte. Auf zunächst moderate Proteste gegen Rentenkürzungen reagierte die Regierung mit massiver Repression. Studierende besetzten ihre Fakultäten, die Polizei hingegen wurde immer brutaler und in ihren Gewaltorgien von FSLN-Schlägertruppen unterstützt. Landesweit wurden als Protestform dutzende Strassensperren (im nicaraguanischen Spanisch *tranques* genannt) errichtet. Zwischenzeitlich war es unklar, ob sich

Ortega an der Macht halten könnte. Heute sitzt er wieder fest im Sattel. 2018 gab es je nach Quelle zwischen 300 und 400 Todesopfer. Die allermeisten wurden durch die Polizei und militante Anhänger:innen der Regierung umgebracht. Die Unterdrückung des Aufstands von

2018 war das Gewalttätigste, was sich Ortega seit seiner Wiederwahl 2006 geleistet hat. Viele sprachen davon, Nicaragua sei 2018 am Rande eines Bürgerkriegs gewesen. Doch die Opposition hatte niemals den bewaffneten Kampf in Erwägung gezogen, sondern immer auf einen verfassungskonformen Regierungswechsel gesetzt. Linke Oppositionelle, das heisst dissidente Sandinistas, werden seither systematisch mundtot gemacht. Der Unmut grosser Teile der Bevölkerung ist derzeit zwar zum Schweigen gebracht worden. Die Wut kann sich aber jederzeit erneut entladen.

Dieser Reisebericht stellt dar, wie ich Nicaragua im Sommer 2021 wahrgenommen habe. Ich befasse mich seit rund zehn Jahren mit der Politik des Landes und dem Sandinismus. Vor dem Aufstand von 2018 war ich schon mehrfach im Land gewesen. Es mag sein, dass der Bericht vieles wiederholt, was andere Texte zur Kritik an Autoritarismus, Dogmatismus, Stalinismus und Campismus³ schon geleistet haben. Er soll als Ergänzung zu anderen Texten, welche in der Antikap und auf sozialismus.ch bereits veröffentlicht wurden, gesehen werden. Insbesondere der Artikel «Das Versagen der «progressiven» Regierungen» bietet eine Analyse der Entwicklung seit der Jahrtausendwende. Für weitere Informationen zum Aufstand von 2018 und seinem Hintergrund wird der zweiteilige Artikel «Aufstand gegen Ortega» empfohlen.

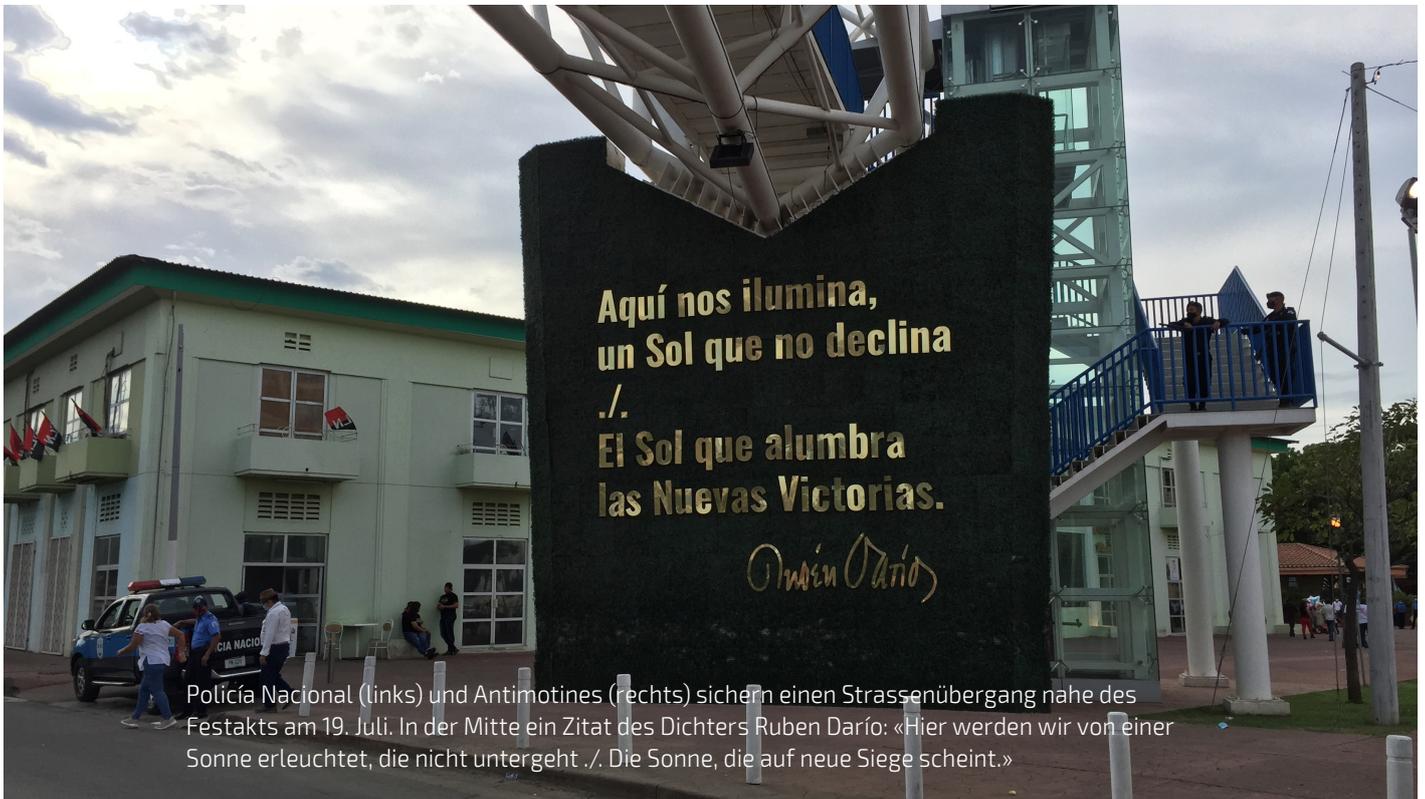
Der vorliegende Text bietet weniger eine umfassende

« Das Ehepaar Ortega-Murillo steht heute an der Spitze eines selbstgefälligen Regimes, welches seit 2007 immer autoritärer wurde.»

1 Frente Sandinista de Liberación Nacional (Sandinistische Front für die Nationale Befreiung). Die 1961 gegründete Guerillaorganisation konnte durch eine Kombination aus guevaristischer Guerillastrategie, einem Volksaufstand in den Städten und geschickter Diplomatie 1979 den Diktator Somoza stürzen. Nachdem der FSLN an die Macht gekommen war, wurde er mehr und mehr von Guerilla zur Partei.

2 Benannt nach Augusto César Sandino, welcher in den 1920/30er Jahren den Widerstand gegen die US-Besatzung in Nicaragua anführte.

3 Campismus bedeutet Lagerdenken und ist ein Überbleibsel des Kalten Krieges, als sowjetuniontreue Kommunist:innen weltweit Regime und Bewegungen unabhängig von deren Ideologie unterstützt haben, solange sich diese nur gegen den US-Imperialismus zur Wehr setzten



Policia Nacional (links) und Antimotines (rechts) sichern einen Strassenübergang nahe des Festakts am 19. Juli. In der Mitte ein Zitat des Dichters Ruben Darío: «Hier werden wir von einer Sonne erleuchtet, die nicht untergeht ./ Die Sonne, die auf neue Siege scheint.»

Analyse dessen, was aus dem Sandinismus geworden ist. Ich erhoffe mir jedoch durch den Reisebericht einen Beitrag dazu zu leisten, anhand der von mir erlebten Situationen beispielhaft aufzuzeigen, in welche Tragödie sich das einst so hoffnungsvolle politische Projekt des Sandinismus entwickelt hat.

Hier im Print erscheint der Bericht in gekürzter Fassung, in deren Zentrum die Feierlichkeiten zum 19. Juli und ein Gespräch mit einem dissidenten FSLN-Kader stehen. Auf sozialismus.ch ist er als mehrteilige Serie zu finden und geht auf zwei weitere Gespräche ein, welche sich mit einer danielistischen Familie und einer jungen Frau, welche sich mit dem aktuellen Regime abgefunden haben, befasst. Ausserdem geht ein weiterer Artikel auf sozialismus.ch auf die Wahlfarce vom 7. November 2021 und die Schliessung praktisch aller nationalen und internationalen NGO, welche die Regierung jüngst umgesetzt hat, ein.

19. Juli in Managua: 42 Jahre nach der Revolution

Jedes Jahr wird der triunfo gefeiert, der Tag an dem die Guerillatruppen des Frente Sandinista 1979 siegreich in die Hauptstadt eingezogen sind. Zwei Tage zuvor musste der Militärdiktator Somoza nach Miami flüchten. 2021 treffe ich tausende feiernde Danielistas und vor allem extrem viel Polizei an. Die Massenaufläufe sollen früher viel grösser gewesen sein. Im Juli 2018, als der Aufstand gerade erst vorbei war, wurde Daniel an seiner Feier fast alleine stehen gelassen. Das Polizeiaufgebot, welches ich antreffe, erstreckt sich über die 1.5 Kilometer lange Avenida Bolívar. Am einen Ende ist die Rotonda Hugo Chávez, ein grosser Verkehrskreisel. Am anderen Ende befinden sich die Seepromenade und kurz dahinter die Plaza de la Revolución, wo Ortega und

Murillo am Abend ihre üblichen Reden halten werden. Alle 10 bis 20 Meter steht mindestens ein:e Polizist:in. Viele davon sind mit Kalaschnikows oder Schrotflinten bewaffnet. Schusswaffen sind im Strassenbild Zentralamerikas viel üblicher als in Europa. Doch ein derart grosses Polizeiaufgebot habe ich in Nicaragua noch nie gesehen. Die meisten Polizist:innen haben eine blaue Standarduniform. Es sind aber auch viele schwarz uniformierte Antimotines – die Bereitschaftspolizei zur Aufstandsbekämpfung – vor Ort.

Der FSLN ist durch diverse fahنشwenkende Danielistas in Toyota Hilux Pick-Up Trucks⁴ und Ordner:innen, welche die Polizei unterstützen, präsent. Zum Beispiel steht rund um die Plaza de la Revolución ein Cordon von einheitlich mit weissen Shirts und Baseballmützen gekleideten Parteimitgliedern. Sozusagen das Fussvolk im Sicherheitsaufgebot. Parteiintern gilt es vermutlich als Privileg, den Präsidenten schützen zu dürfen. In einem anderen Kontext ist ein parteieigener, linker Ordnungsdienst ja durchaus sinnvoll. Im Gesamtbild des FSLN von 2021 trägt es zum Bild ihrer Sektenhaftigkeit bei. Letztere liess sich in der Vergangenheit zum Beispiel daran erkennen, dass sich die Zuschauer:innen des präsidentialen Festakts auf Geheiss von Rosario Murillo in Form eines Pentagramms aufstellen mussten.

Weiter sind organisierte Verbände der Juventud Sandinista (JS, Sandinistische Jugend; Jugendorganisation der Partei) präsent, die sich während meinem Aufenthalt Richtung Plaza de la Revolución bewegen.

⁴ Diese Pick-Up Trucks spielen eine wichtige Rolle, denn für die allermeisten Nicaraguaner:innen wären sie unerschwinglich. Als treuer Parteisoldat kriegt man sie vom FSLN. Dadurch wird die Basis mobil gemacht.

Dort dürfen sie als handverlesene Gäste der offiziellen Feier samt Hauptredner Daniel Ortega beiwohnen.

Ansonsten sind die Grenzen zwischen einer unorganisierten Teilnahme der Danielistas, zum Teil auch mit Toyota-Hilux, kollektiv angereisten FSLN-Quartiergruppen und dem aufgebotenen Parteidispositiv fließend und für Aussenstehende kaum auseinanderzuhalten. Sichtbar wird die organisierte parastaatliche Parteistruktur dahinter beispielsweise, wenn sich jemand mit Funkgerät aus einem Hilux lehnt und den JS-Mitgliedern Anweisungen erteilt, wo sie sich einordnen sollen.

Wegen Covid war der 19. Juli 2021 seit langem die grösste Veranstaltung im Land. Die Leute haben auf der Avenida und auf der riesigen nach dem ehemaligen Papst benannten Plaza de la Fe Juan Pablo II Abstand eingehalten. Jede Demo in der Schweiz, die ich seit Beginn der Pandemie besucht habe, war dichter gedrängt. Generell fällt mir auf der ganzen Reise auf, dass die Nicas, wie sich die Nicaraguaner:innen umgangssprachlich nennen, die Maskenpflicht ernster nehmen, als es in der Schweiz der Fall ist.

Eine Sache sollte man jedoch nicht vergessen, wenn man über die Pandemiepolitik dieser Regierung spricht. Bis Mitte 2020 behauptete Ortega ernsthaft, Masken seien nur was für die Bourgeoisie. Deshalb liess er Leute auf der Strasse, welche Masken trugen, und sogar Krankenhauspersonal verfolgen. Unterdessen ist er eingeknickt und in Nicaragua sind Masken gang und gäbe. Nachdem an Ostern 2020, als das Virus Zentralamerika bereits erreicht hatte, weiterhin die üblichen Prozessionen mit Menschenmassen stattfanden, gibt sich die Regierung unterdessen zumindest verbal als Covid-sensibilisiert. Es ist in einem Land wie Nicaragua schwierig zu sagen, welche Schutzmassnahmen aufgrund der Infrastruktur überhaupt umsetzbar wären. Dazu kommt, dass die Covid 19-Pandemie im globalen Süden lediglich eine unter vielen Bedrohungen darstellt. Natürlich ist das Virus deshalb nicht weniger gefährlich. Ganz im Gegenteil, denn es sind weniger Beatmungsgeräte als im globalen Norden vorhanden.

Sehr fragwürdig ist, dass die drei Einkaufszentren in Nicaraguas Hauptstadt Managua und alle grossen Volksmärkte seit Pandemiebeginn durchgehend geöffnet waren. Von den Einkaufszentren dürfte höchstens Plaza Inter, das Günstigste, Relevanz haben, da die anderen aufgrund der Preise weitgehend leer sind. Es ist ein Rätsel, weshalb die Regierung die Verteilung mit Grundnahrungsmitteln nicht anders organisiert. Viele Nicas kaufen trotz ihrer Angst vor dem Virus auf den Märkten ein, da es kaum Alternativen gibt. In diesem Punkt gleicht Nicaraguas Pandemiepolitik jener in Europa. Beide Orte sind durch und durch auf die Sicherung der Profite ausgerichtet. Das Regime behauptet, in den Nachbarstaaten gäbe es viel mehr Covid-Infektionen. Nicaraguas offizielle Zahlen tendieren gegen Null,

da sie kaum gemessen werden. Das liegt sicherlich auch an der Strukturschwäche, für welche diese Regierung wenig kann. Aber es liegt auch an ihrem Unwillen. Verstorbene werden nicht als Covid-Tote deklariert und Murillo behauptete ernsthaft, Nicaragua sei dank Gottes Hilfe weitgehend verschont geblieben. Ein ganzes Land muss die Konsequenzen solcher Hirngespinnste aushalten. Vor Beginn des offiziellen Abendprogramms am 19. Juli begeben sich zurück in meine Unterkunft, um mir Ortegas Rede im Fernsehen anzusehen. Zu Beginn der Rede hätte ich beinahe Mitleid mit ihm bekommen, würde es sich nicht um einen Autokraten handeln. Denn er wirkt sehr altersgeschwächt. Die Annahme, dass Ortega altersbedingt alles andere als klar im Kopf und seine Frau und Vizepräsidentin der eigentliche Kopf der Regierung ist, ist weit verbreitet. Für einige Allgemeinplätze von Daniel aus der Sparte Antiimperialismus und Lobpreisungen der eigenen Sozialprogramme reicht es jedoch. Am Ende der Rede baut Ortega doch noch etwas Pathos auf, jedoch auf bedrohliche Weise. Er schliesst seine Rede mit dem Satz «El pueblo armado, jamas será aplastado» («Das bewaffnete Volk wird nicht erdrückt werden»). Das stammt zwar nicht von ihm, sondern ist eine Adaption vom chilenischen «El Pueblo unido jamas será vencido» («Das vereinte Volk wird nicht besiegt werden») und wird ansonsten von sozialen Bewegungen verwendet. Dass ein totalitärer Herrscher, der erst vor drei Jahren noch einen Aufstand blutig niederschlagen liess, sowas verkündet, ist eine Kriegserklärung an die Opposition.

Dissidente Sandinistas: Im Exil, im Knast oder ohne grösseren Einfluss

Einige Zeit nach dem 19. Juli treffe ich einen Mann der früher sandinistisches Kader war, wozu ihn ein internationales Studium in der Zeit vor der Revolution qualifiziert hatte. Nach dem Sieg über den Militärdiktator kam er zurück nach Nicaragua, um beim Aufbau seines Landes mitzuwirken. Er hat in den 1980ern in verschiedenen Ministerien gearbeitet und war als Offizier im Contra-Krieg⁵ an der Front. Er ist bis heute FSLN-Mitglied, da er sich weigert seinen Parteiausweis abzugeben. Er kritisiert Ortega-Murillo jedoch aufs Schärfste.

Mein Gesprächspartner ist der Meinung, dass diese Regierung nicht nur autokratisch sei, sondern durchaus die Bezeichnung Diktatur verdiene. Als Begründung nennt er Folgendes:

5 Schon bald nach der Machtübernahme des FSLN fingen rechtsextreme und von den USA unterstützte Contras (vom spanischen contrarrevolucionario) an, die neue Regierung zu bekämpfen. Militärisch konnten sie sich zwar nicht durchsetzen. Sie destabilisierten aber das Land und waren mitverantwortlich, dass der FSLN 1990 abgewählt wurde.

- 1. Undemokratisches Parteiregime:** 1993 hat Ortega den Parteikongress abgeschafft. Seither existiere der FSLN eigentlich nicht mehr als Partei, sondern sei bloss noch eine Hülse und diene vor allem der Macht-sicherung Ortegas. Nach 2007 wurde das Wahlgesetz dermassen ausgehöhlt, dass es für den FSLN in Kombination mit seiner allumfassenden Herrschaft fast unmöglich wurde, Wahlen zu verlieren. Auch der oberste Gerichtshof wird vom Präsidenten kontrolliert.
- 2. Verifikation des Wähler:innenregisters:** Unser Gespräch fand kurz vor dem Wochenende statt, an welchem sich alle Staatsbürger:innen in ihrem Quartier als wahlberechtigt verifizieren lassen konnten. Durch persönliches Erscheinen soll so gewährleistet werden, dass das Register für die Wahlen im November 2021 aktuell ist. An sich in einem Land wie Nicaragua ein übliches Prozedere. Allerdings bietet dies der Regierungspartei eine Gelegenheit, um unbequeme Personen an der Registrierung zu hindern. In einer von einer einzigen Partei dominierten Gesellschaft wie Nicaragua wären wohl bereits hier internationale Wahlbeobachter:innen notwendig. Diese lässt die Regierung aber nicht einmal für die Wahlen selbst zu.
- 3. Wahlfälschung:** Es wird auch richtig gefälscht. Mein Gesprächspartner geht davon aus, dass diverse verstorbene Familienangehörige von FSLN-Mitgliedern registriert werden. Weiter ist es möglich, die Registrationsnummern von Oppositionellen zu notieren und ihre Stimmen bei den Wahlen verschwinden zu lassen. Ausserdem ist es bereits vorgekommen, dass Wahllokale in FSLN-kritischen Quartieren gar nicht erst geöffnet wurden.
- 4. Politische Gefangene:** Je nach Zählart sind 20-30 bekannte Exponent:innen der Opposition im Gefängnis (Stand Ende Juli 2021, unterdessen sind es mehr). Offiziell weiss niemand, wo sie sind. Auf Nachfrage durch Familienangehörige heisst es jeweils, es gehe ihnen gut. Jedoch können sie nicht mit der Aussenwelt kommunizieren. Es gibt nur Vermutungen, dass sie sich in El Chipote befinden würden, einem Gefängnis, in welchem bereits Militärdiktator Somoza Gefangene einsperrte und folterte. Insgesamt nennt mein Gesprächspartner 130 politische Gefangene.
- 5. Erzwingenes Exil:** Wie praktisch alle Nicas kennt er Leute, die das Land verliessen, da sie bedroht wurden. Eine Europäerin in seinem Umfeld, welche hier mit ihrer Familie lebte und arbeitete, erhielt Morddrohungen.
- 6. Aufrüstung:** Russland baut derzeit seine militärische und nachrichtendienstliche Infrastruktur in Nicaragua massiv aus. Dazu gehören russische Abhörenanlagen an der Karibikküste sowie jüngst zum Beispiel eine Lieferung von rund 60 Panzern an die Streitkräfte.
- 7. Zensur:** Nachdem Ortega am 19. Juli seine Rede,

wie erwähnt, mit der Kriegserklärung an die Opposition beendet hatte, nahm das Regime sämtliche ausländische TV-Sender weg vom Netz. Offensichtlich fürchtet sich die Regierung davor, dass Nicas die Kommentare ausländischer Stationen, zum Beispiel aus Mexiko, zu Ortegas Propaganda-Rede hören könnten.

Wieso gilt Ortega eigentlich immer noch als links?

Das Wirtschaftssystem als solches, welches die nationale Bourgeoisie unterstützt und die Emanzipation der Lohnabhängigen unterdrückt, bleibt unter Ortega genauso unangetastet, wie dies unter den progressiven Regierungen in Venezuela, Brasilien, Ecuador und Bolivien der Fall war oder immer noch ist. Nicaragua ist im Gegensatz zu den 1980er Jahren ganz einfach nicht der Ort, an dem eine Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus erkennbar ist. Man sollte sich jedenfalls nicht blenden lassen, wenn FSLN-Funktionär:innen hohle Phrasen über Sozialismus von sich geben. Vor allem nicht, da die esoterisch-religiöse Vizepräsidentin Murillo vor allem von Liebe und Gottes Gnaden faselt. Die Regierung Ortega ist ein Regime der kapitalistischen Modernisierung.

Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung hat nichts mit Antikapitalismus zu tun. Ortegas Regierung bietet keine Alternative zur Austeritätspolitik, sondern kooperiert mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Zwar hat sich das BIP zwischen 2007 und 2017 verdoppelt und die extreme Armut wurde unter Ortega deutlich reduziert.⁶ Doch die Klassegegensätze haben ebenfalls massiv zugenommen. An Managuas zentral gelegener Strasse Carretera Masaya sind protzige Konsum- und Vergnügungspaläste aus dem Boden geschossen. Gleichzeitig arbeiten viele Nicaraguaner:innen in Maquilas (Sweatshops) für den Export in die USA. Dafür wurden Sonderwirtschaftszonen errichtet. Es scheint, als wolle Nicaragua dorthin, wo Vietnam heute bereits ist. Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum um jeden Preis, dekoriert mit antiimperialistischer Symbolik, die als Nationalidentität erhalten muss. Im Unterschied zu bürgerlich-demokratischen Ländern wird das wirtschaftspolitische Gefüge jedoch von einer einzelnen Partei kontrolliert. Das Wirtschaftswachstum wurde ab 2018 stark gebremst, da Ortega geopolitisch weitgehend isoliert dasteht. Nicaragua ist ein armes Land mit wunderschönen neuen Polizeiautos. Für den Sicherheitsapparat kratzt das Regime seine verbleibenden Mittel zusammen.

Egal ob in Venezuela Proteste von Juan Guaidó, dem Aushängeschild einer faschistoiden Partei⁷ aus

6 Es gibt diverse klientelistische Hilfsprogramme, die ja auch der Grund dafür sind, dass Ortega immer noch eine Massenbasis hat.

7 Gemeint ist die Partei Voluntad Popular des ultrarechten



Seepromenade am 19. Juli.

der herrschenden Klasse, angeführt oder Nicaragua von einem spontanen Volksaufstand ergriffen wird. In der Logik der Campist:innen sind es immer instrumentalisierte Massen im Dienst der CIA. Es ist nie eine selbst denkende und handelnde Bevölkerung, die sich dagegen wehrt, in einem autoritären Staat zu leben. Die Linke müsste dabei eigentlich auf der Seite der Unterdrückten stehen. Auch wenn der Unterdrücker ein zum Autokraten gewordener Ex-Guerillero ist. Es gibt auf dem gesamten amerikanischen Kontinent kaum einen Herrscher, welcher eine derart umfassende Machtfülle besitzt wie Ortega. Er und Rosario Murillo kontrollieren die Regierung, das Parlament, die Gerichtsbarkeit, den Wahlrat, die Polizei und das Militär. Bereits vor den letzten Wahlen von 2016 schrieb die WOZ (Nr. 44, 2016, S. 13), es gebe kaum ein formal demokratisches Land, in welchem der Wahlsieg des Machthabers so klar vorhersehbar sei. 2021 ist noch viel eindeutiger, dass Ortega gewinnen wird.

Ausserdem existiert im Hintergrund eine Ortega treu ergebene, gut trainierte und bestens ausgerüstete paramilitärische Truppe, die bereit steht, um jederzeit gewaltsam gegen die Bevölkerung vorzugehen, wenn es das Herrscherpaar für nötig halten sollte. Laut dem dissidenten FSLN-Kader wurde beispielsweise Dora-Maria Tellez, eine frühere Kampfgefährtin Ortegas, diesen Juni nicht von der offiziellen Polizei verhaftet. Es sollen hingegen Söldner:innen in Polizeiuniformen gewesen sein, da befürchtet wurde, die Polizei würde das Vorgehen gegen

eine Heldin der Revolution allenfalls verweigern. Tellez wurde verhaftet, da sie gegen Ortega bei den Präsidentschaftswahlen antreten wollte. Seither sitzt sie im Gefängnis. Nationale Befreiungsbewegungen, die einen bewaffneten Arm besitzen, sind stets mit einem Dilemma konfrontiert. Um die Somoza-Diktatur zu besiegen, war der bewaffnete Kampf zweifelsohne unerlässlich. Somoza liess keinerlei friedliche Opposition zu. Ab 1979 wurde das Ziel verfolgt, Nicaragua zu demokratisieren. Das Dilemma besteht darin, wie man mit einer in Kriegszeiten notwendigen militärischen Führungsstruktur in einer fortan demokratischen Gesellschaft umgeht. Die Ursprünge des heutigen Autoritarismus von

Ortega-Murillo stammen aus den 1980er Jahren. Es wurde viel unternommen, um den Staat zu demokratisieren. Die Demokratisierung des Frente Sandinista liess allerdings zu wünschen übrig. Der FSLN hielt in den 1980er Jahren keinen einzigen Parteikongress ab. Die Macht konzentrierte sich hauptsächlich in den Händen der neun Comandantes der Revolution. Daniel Ortega war einer dieser Comandantes und stets an der Staats- und Parteispitze. Momentan ist keine organisierte emanzipatorische Kraft sichtbar, welche Daniel Ortega, Rosario Murillo und ihrem System die Stirn bieten können. Die als Studierendenproteste bekannt gewordene Jugendbewegung von 2018 – es waren bei weitem nicht nur Student:innen, die am Aufstand teilnahmen – zeigte Ansätze eines Umbruchs auf. Als ich einen Teenager fragte, ob er glaube, dass es nach Ortegas Wiederwahl im November 2021 zu neuen Protesten kommen werde, sagte er nur «hoffentlich».

« Die Linke müsste dabei eigentlich auf der Seite der Unterdrückten stehen. Auch wenn der Unterdrücker ein zum Autokraten gewordener Ex-Guerillero ist.»

Politikers Leopoldo Lopez. Guaidó war bis 2020 und somit während seinem gescheiterten Versuch, auf abenteuerliche Weise Präsident Venezuelas zu werden, deren Mitglied.

Modern Monetary Theory **Die Repolitisierung des Geldes**

Wir erleben gegenwärtig eine Politisierung des Geldes. Statt der Frage: «Wer soll dafür bezahlen?», heisst es in den Finanzministerien derzeit: «We can pay for anything that we can actually afford.» Nach den Jahrzehnten des neoliberalen Kahlschlags wird in den USA ein Kindergeld eingeführt und die Pflege von Angehörigen staatlich bezuschusst. Italien erhält dieses Jahr 200 Milliarden aus einem europaweiten Haushalt. Und das alles wird auf Pump aus der Staatskasse finanziert. Woher nehmen die Staaten plötzlich das ganze Geld her? Und wenn es schon einmal da ist, lässt sich damit ein Green New Deal bezahlen?

von Raphael Liebermann (BFS Zürich)

«We print the money!»

Die Modern Monetary Theory (MMT) ist eine Theorie, die zu erklären versucht, wie Geld entsteht. Sie ergänzt die herkömmliche Auffassung, dass Privatbanken das Geld erzeugen. Die MMT sieht den Staat als letztgültigen Gläubiger – zu Englisch «lender of last resort». Die MMT besagt, dass der Staat nicht pleitegehen kann, da er das Geld herausgibt. Weil er das Geld selbst produziert, muss der Staat auch keine Steuern einziehen, bevor er öffentliche Aufgaben finanziert. Die MMT beschreibt die Geldschöpfung für Staaten oder Staatengebilde, welche ihre eigene Währung herausgeben, also eine eigene Zentralbank unterhalten. Des weiteren sollten die Staaten nur wenig Schulden in fremder Währung halten und über stabile Institutionen verfügen. Die MMT beschreibt also die Lage der wohlhabenden Industriestaaten, allen voran die der USA.

Dass die MMT eine US-zentrierte Theorie ist, liegt unter anderem daran, dass ihre Hauptvertreter:innen eng mit der Politik in den USA verknüpft sind. So war beispielsweise Stefanie Kelton Mitglied des Budgetkomitees des US-Senats und Beraterin der Sanders-Kampagne während den Vorwahlen 2016. Ihre Lesart der MMT ist daher eng mit dem politischen Programm der Demokraten verknüpft. Dieses will die USA aus der Rezession führen, indem ungenutztes Humankapital (also Arbeitslose und Menschen, die unbezahlte Care-Arbeit leisten) in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das Ziel der Vollbeschäftigung ist im Kontext der USA auch als soziale Massnahme zu verstehen, da Sozialleistungen an die Lohnarbeit geknüpft sind. Die Finanzierung soll dabei der Staat übernehmen.

Obwohl die Modern Monetary Theorie und die politischen Forderungen der Sanders Kampagne eng aufeinander abgestimmt sind, ist es wichtig sie auseinander zu halten.

Laut Kelton können Staaten ihre Zentralbanken anweisen, jede beliebige Geldsumme herauszugeben und ihnen zur Verfügung zu stellen. Keltons Analyse ist jedoch etwas verkürzt. Die gegenwärtige Art und Weise, wie sich Staaten finanzieren, ist ein Produkt des Untergangs des Bretton-Woods-Systems¹ und der darauffolgenden Deregulierung der 1980er Jahre. Zwischen Staat und Zentralbank stehen die privaten Banken. Der Staat kann Geld in die Wirtschaft investieren oder es durch Steuern wieder entziehen. Sind die Staatsausgaben grösser als die Einnahmen, macht der Staat ein Defizit. Dieses Defizit gleicht er aus, indem er Schuldtitel, sogenannte Staatsanleihen, herausgibt. Diese Schuldtitel werden am Finanzmarkt genauso wie Aktien gehandelt², mit dem entscheidenden Unterschied, dass Staaten de facto nicht pleitegehen können und die Staatsanleihen damit eine sehr sichere Profitquelle darstellen. Staatsanleihen sichern so die Finanzmärkte ab. Alle anderen spekulativen Geschäfte bauen auf diesen sicheren Profiten aus den Staatshaushalten auf. Daraus resultieren zwei Dinge.

Erstens ist es eine politische Entscheidung und kein Naturgesetz, dass Staaten sich bei privaten Akteuren «verschulden» müssen, um Nettoinvestitionen zu tätigen. Dieses System der Staatsanleihen, welches Staaten monetär aushungern lässt und gleichzeitig die Finanzmärkte stabilisiert,

1 Das Bretton-Woods-Abkommen ist ein Produkt der globalen Nachkriegsordnung unter Führung der USA. Es band den Wert des US-Dollars an die Goldreserven der US-Notenbank (Federal Reserve). Die Währungen aller kapitalistischen Staaten Europas waren wiederum in einem festen Umtauschkurs an den Dollar gebunden. Dies erlaubte keine expansive Geldschöpfung, da alles Geld durch Gold gedeckt werden musste, was wiederum eine Schranke für den globalen Kapitalismus setzte. Ausserdem wurde der Welthandel stabilisiert, da kein Staat durch Abwertung der eigenen Währung Exportüberschüsse erzielen konnte. Das Bretton-Woods-Abkommen war regelmässig von Krisen geschüttelt und wurde 1973 von US-Präsident Nixon abgeschafft.

2 Liebermann, R. «Die Modern Monetary Theory (Teil 1): Alles Geld ist nur geliehen» auf sozialismus.ch.



ist Teil eines radikalen politischen Programms im Interesse der besitzenden Klasse. Die historischen Anfänge liegen bei der Reagan-Regierung ab 1981. Sie setzte mittels ökonomischen Drucks ihre Agenda in den westlichen Industriestaaten durch.

Zweitens bedeutet dies umgekehrt, dass die Finanzmärkte existenziell auf eine wachsende Staatsverschuldung und einen wachsenden Ausstoss an Staatsanleihen angewiesen sind³. Eine direkte Staatsfinanzierung durch die Zentralbank, wie sie Kelton in ihrer MMT beschreibt, würde die Finanzmärkte vor das Aus stellen.

Es folgt also einem politischen Kalkül, dass die MMT die Geldschöpfung durch die Zentralbank und deren demokratische Kontrollierbarkeit durch Regierungen überbetont. Es ist so, dass die privaten Banken sich einen festgelegten Anteil des Geldes, welches sie durch die Kreditvergabe erschaffen, selbst wiederum bei der Zentralbank leihen müssen. Die Banken leihen sich das Geld bei der Zentralbank gegen einen sogenannten Leitzins. Über diesen Leitzins versucht die Zentralbank, die Geldmenge zu kontrollieren, mit dem Ziel, Warenpreise stabil zu halten. Seit der Finanzkrise 2008 sind die Leitzinsen sehr niedrig. Daraus folgte, dass private Banken jede beliebige Geldmenge schöpfen konnten. Die Geldmenge an den Finanzmärkten hat sich dadurch seit dem Ausbruch der Finanzkrise nochmal stark erhöht.

Gleichzeitig war die Haushaltspolitik der Industriestaaten von einer Ideologie der Austerität geprägt. Die Neuverschuldung sollte auf Null zurückgefahren werden. Besser noch: Alle Staaten sollten Haushaltsüberschüsse erwirtschaften, um ihre Schulden zu tilgen. Dies führte aber dazu, dass weniger Staatsanleihen ausgegeben wurden. Die Austeritätspolitik zog den Finanzmärkten unbeabsichtigterweise den Boden unter den Füßen weg. Und so führt die Kombination aus expansiver Geldschöpfung durch die Zentralbanken und einer staatlichen Austeritätspolitik zur gegenwärtigen Lage, in der Industrienationen wie die Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich mittlerweile ne-

gative Zinsen auf ihre Staatsanleihen erhalten. Das heisst, sie werden zurzeit dafür bezahlt, dass sie sich verschulden. Diese paradoxe Situation wird durch die Politiken der Zentralbanken (Federal Reserve, Europäische Zentralbank, Bank of England, etc.) zugespitzt. Deren Politik hat sich seit der Pandemie dahin gewendet, dass sie in grossem Ausmass Staatsanleihen aufkaufen und somit indirekt den Staat mit viel Geld versorgen. Für diese politische Gemengelage trifft die Analyse der MMT also scheinbar zu.

Daher ist die Aussicht für das Kapital in den wohlhabenden Industrienationen derzeit in zweifacher Hinsicht rosig. Die Staaten kommen, mit Impfstoffen versorgt, schneller aus der Pandemie heraus. Und sie können sich derzeit mit so viel Geld versorgen, wie sie nur ausgeben können.

Steuern, lenken, planen

Die MMT beschreibt nicht nur, wie Staaten mittels Verschuldung die «Realwirtschaft» mit Geld versorgen, sondern auch, wie sie es ihr wieder entziehen können.

Steuern haben in der Lesart der MMT eben nicht die Funktion, den Staatshaushalt zu finanzieren. Steuern erfüllen aus dieser Perspektive der MMT vier Aufgaben:

1. Eine Immobiliensteuer schafft eine Nachfrage nach der Währung, da Immobilien nicht ins Ausland verlagert werden können.
2. Eine Mehrwertsteuer, also ein Anteil des effektiven Verkaufspreises reeller Produkte, wirkt sich direkt auf die Konjunktur aus.
3. Erbschafts- und Vermögenssteuern dienen der sozialen Umverteilung.
4. Eine CO₂-Abgabe kann prinzipiell die Wirtschaft lenken.

Die MMT liefert damit Hebel für eine interventionistische Wirtschafts- und Industriepolitik. Staaten können durch Investitionen den dringend nötigen Umbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur durchführen und im Pflegesektor für gute Löhne und menschenwürdige Zustände sorgen. Die Liste der gesellschaftlichen Probleme ist endlos. Alle Bereiche des Lebens, welche kapitalistisch organisiert und dem Profitinteresse unterworfen sind, stünden theoretisch auch staatlichen Investitionen und damit einer politischen Planung offen. Das würde ich umkehren: Wenn man

³ Ein historischer Abriss über die Entstehung der Staatsanleihen findet sich bei Lemaire, F. 09.09.2021. «Geliebte Schulden». Le monde diplomatique.

mit der MMT Steuern als kapitalismuskonformes Mittel der wirtschaftlichen Planung auffasst, eröffnet dies zudem die Frage, welche Steuern für die Schaffung einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung notwendig sind.

Steuern sind dabei jedoch ein Werkzeug für «Schönwetterlagen» und setzen eine kapitalistische Wachstumsdynamik voraus. Denn unter deflationären Bedingungen (Eine Situation fallender Preise, in denen Kapital gehortet statt investiert wird, was zu einer Krise und Arbeitslosigkeit führt.) erlahmt und schrumpft der kapitalistische Wirtschaftskreislauf und es gibt nichts zu besteuern. Wenn die Diagnose ernst genommen wird, dass der Energie- und Ressourcenverbrauch der Industrienationen zu hoch ist, um das 1.5°C-Ziel einzuhalten, brauchen wir zwangsweise eine Wirtschaftspolitik der Schrumpfung. Die Analyse der MMT weist in der Hinsicht über den Kapitalismus hinaus, da sie auch unter Bedingungen der Schrumpfung funktioniert. Da der Staat keinem Profitinteresse unterworfen sein muss, kann er im Gegensatz zu profitorientierten Akteuren auch unter deflationären Bedingungen handlungsfähig bleiben.

MMT in der Praxis?

Wir sehen gerade die interventionistische Seite des Kapitalismus. Die Corona-Massnahmen haben die bereits vorher angeschlagene Weltwirtschaft zeitweise an den Rand des Kollapses gebracht.⁴ In dieser Situation verlangt der Kapitalismus nach einer anti-zyklischen Anschubfinanzierung durch den Staat.

Es ist nur dem historischen Moment geschuldet, in dem die Interessen der Finanzmärkte mit einer (fast) unbegrenzten Staatsverschuldung zusammenfallen, dass die Vorhersage der MMT zutreffend scheint. Derzeit motivieren die Negativzinsen auf Staatsanleihen auch konservativ-neoliberale Institutionen wie die EU, sich zaghaft zu verschulden, um die kaputten Volkswirtschaften der Union vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Dabei von MMT-geleiteter Wirtschaftspolitik zu sprechen, ist jedoch verfehlt. Denn die lenkenden Steuern fallen aus. Stattdessen wurden die Konzerne der Auto- und Flugzeugindustrie gerettet. Und auch wenn die Biden-Regierung in den USA Sozialleistungen eingeführt hat, macht sie gleichzeitig Druck auf die OPEC (Organisation ölexportierender Länder; Mitglieder sind Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela), den Ölpreis niedrig zu halten, um den Wirtschaftsaufschwung nicht zu gefährden. Eine Transition weg von einem fossilen Kapitalismus, in dem immer noch mehr als 70% der Energie aus Kohle, Öl und Gas bezogen werden, sieht anders aus. Unter diesen Bedingungen verkommt das Ziel der Vollbeschäftigung,

⁴ Im März und April 2020 sank die globale Wirtschaftsleistung um 20%. Dies war in der Geschwindigkeit historisch einmalig. Selbst der Markt für US-Staatsanleihen, welcher als ausfallsicher galt, drohte zusammenzubrechen.

welches Stefanie Kelton vorschwebt, zu einem klimapolitischen Desaster.

Ausserdem muss die Phase des Staatsinterventionismus nicht von Dauer sein, da er immer noch zum einen von der Nachfrage des Finanzmarktes nach Staatsanleihen und zum anderen von der Aufkauf-Politik der Zentralbanken abhängt. Ohne einen Umbau des Finanzsystems bleibt die neuentdeckte Freigiebigkeit von den Profitinteressen der Finanzmärkte abhängig. Diese Allianz aus Staat, Zentralbank und Finanzmarkt ist aus vielen Gründen sehr brüchig und nur temporär.

Diese Allianz besteht ohnehin nur für die reichen Industriestaaten. Die sogenannten Schwellenländer haben nicht die Möglichkeit, sich gefahrlos in dem nötigen Mass zu verschulden. Sie haben meist hohe Schulden in fremder Währung, meist Renminbi (chinesische Währung), Euro oder US-Dollar, was sie zu einem leichten Ziel für Währungsspekulant:innen macht. Die Konjunktur läuft in diesen Volkswirtschaften daher viel langsamer an. Zusätzlich ist deren Bevölkerung der Pandemie immer noch ausgeliefert. Und aufgrund fehlender sozialstaatlicher Absicherung und prekärer Arbeitsverhältnisse sind die Menschen viel direkter vom Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft abhängig. In Zeiten der Krise erzeugt diese Situation viel Leid und Elend.

Dennoch wäre es in diesem historischen Moment möglich, progressive Politik zu betreiben. Denn eine Lehre aus der gegenwärtigen Krise ist, dass Geld nicht knapp ist. Im Gegenteil macht die zentrale Rolle des Geldes die potenziell endlose Geldschöpfung zu einem zentralen politischen Kampffeld. Die Grenze der Politik ist nicht das Budget, sondern die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Das Thema zielführender politischer Auseinandersetzungen muss daher sein, was die Wirtschaft leisten soll und wie Ressourcen verteilt werden. Sobald der Vorhang der Geldknappheit, welcher jede progressive Politik bereits im Keim erstickt hat, gefallen ist, treten die politischen Interessen und Gegensätze voll zu Tage. Die Trägheit und das Nicht-Handeln-Wollen werden als harte Klassenpolitik entlarvt.

Literatur

Höfgen, M. 2020. Mythos Geldknappheit. Modern Monetary Theory oder warum es am Geld nicht scheitern muss. Schäffer-Poeschel.

Kelton, S. 2020. The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and the Birth of the Peoples Economy. Public Affairs.

Sahr, A. 2017. Keystroke-Kapitalismus: Ungleichheit auf Knopfdruck. Hamburger Edition.

Tooze, A. 2021. Shutdown: How the Coronavirus made a Financial Revolution. Penguin Books.

AGENDA

www.sozialismus.ch

DAS ANDERE DAVOS 2022

Ökosozialistische Strategien entwickeln
14.-15. Januar
Volkshaus Zürich



14./15. Januar 2022 im Volkshaus Zürich

Im Januar 2022 findet die nächste Ausgabe des Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos statt. Unter dem Motto «Working Together, Restoring Trust» soll die Welt einmal mehr davon überzeugt werden, dass das «Who is Who» des fossilen Grosskapitals «nachhaltige» und «vertrauenswürdige» Lösungen für die drängenden Probleme der Menschheit erarbeiten würde.

Insbesondere im Hinblick auf die ökologischen Krisen führt die Agenda des WEF jedoch zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon katastrophalen Lage. Die Liste der strategischen Partner:innen des WEF liest sich wie ein «Who is Who» des fossilen Grosskapitals. Mit von der Partie sind nicht nur alle relevanten Finanz-, Agrar- und Industriekonzerne, sondern auch die globalen Ölriesen BP, Chevron, Equinor, Petrobras, Royal Dutch Shell, Saudi Aramco, Socar und Total.

Es braucht nicht viel kreative Denkleistung, um zum Schluss zu gelangen, dass die notwendige Dekarbonisierung der globalen Wirtschaft nicht mit, sondern nur gegen diese Konzerne durchgesetzt werden kann. Deshalb stellen wir am «Das Andere Davos», das am 14./15. Januar 2022 im Volkshaus Zürich als Gegenveranstaltung zum WEF stattfinden wird, die Frage nach ökosozialistischen Strategien ins Zentrum der Debatten.

Alle Infos findest du auf sozialismus.ch

Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, Genf, Lausanne und im Tessin. In Zürich existiert dazu eine Jugendgruppe, die BFS Jugend Zürich.

Auch in anderen Städten wie St. Gallen gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisiere dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

bfs
Bewegung für
den Sozialismus

BFS Zürich: info@bfs-zh.ch
BFS Jugend ZH: jugend@bfs-zh.ch
BFS Basel: basel@sozialismus.ch
BFS Lausanne: vaud@mps-bfs.ch
BFS Genf: mps-ge@bluewin.ch
BFS Tessin: mps.ti@bluewin.ch

sozialismus.ch

 Bewegung für den Sozialismus
 sozialismus.ch
 [sozialismus.ch](https://twitter.com/sozialismus.ch)